

REGIERUNG  
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN



# Sicherheitspolitische Strategie Liechtenstein



# Sicherheitspolitische Strategie Liechtenstein

---

## Impressum

Herausgeberin Regierung des Fürstentums Liechtenstein

Postfach 684, 9490 Vaduz, [www.regierung.li](http://www.regierung.li)

Autor Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Sport

Gestaltung foxcom AG, Agentur für Kommunikation, Austrasse 24, 9490 Vaduz

Vaduz, Mai 2026

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>Einleitung</b>	<b>4</b>
<b>Positionierung der Strategie</b>	<b>5</b>
<b>Zweck und Mehrwert</b>	<b>5</b>
<b>Ausgangslage</b>	<b>6</b>
<b>Risiken</b>	<b>7</b>
<b>Stärken und Positionierung</b>	<b>9</b>
<b>Vision</b>	<b>11</b>
<b>Mission</b>	<b>12</b>
<b>Leitwerte</b>	<b>13</b>
Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	13
Zusammenhalt und Partizipation	13
Technologische Resilienz und Innovation	13
Menschenwürde und Solidarität	13
Nachhaltigkeit und Verantwortung	14
Zusammenfassung der Leitwerte	14
<b>Strategieziele</b>	<b>15</b>
Z1. Demokratisches Wertebewusstsein und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken	15
Z2. Wirtschaftliche Sicherheit gewährleisten	16
Z3. Funktionieren der kritischen Infrastruktur sicherstellen	16
Z4. Sicherheit durch vertiefte, institutionell verankerte Partnerschaften stärken	16
Z5. Erhalt einer lebenswerten Umwelt sicherstellen	17
Z6. Früherkennung durch kontinuierliche Lageanalysen systematisieren	17
Z7. Integrität des Informationsraums schützen	17
Z8. Cyberfähigkeiten zur Abwehr von Angriffen stärken	18
Z9. Innere Sicherheit stärken	18
Z10. Bevölkerungsschutz einsatzbereit machen und auf potenzielle Gefahren ausrichten	18
Z11. Krisenorganisation stärken	18
Z12. Grundversorgung in ausserordentlichen Lagen gewährleisten	19
Z13. Resilienz gegenüber kriegerischen Auseinandersetzungen stärken	19
<b>Strategische Handlungsfelder</b>	<b>20</b>
Innere Sicherheit und Bevölkerungsschutz	21
Wirtschaftliche Sicherheit, Digitalisierung, neue Technologien und Schutz kritischer Infrastrukturen	22
Aussenpolitik und internationale Kooperationen	23
Demokratisches Wertebewusstsein und gesellschaftlicher Zusammenhalt	24
Umgang mit militärischen Konflikten und Risiken	25
<b>Anhang</b>	<b>26</b>

# Einleitung

---

Liechtenstein agiert in einem sicherheitspolitischen Umfeld, das von geopolitischen Spannungen, technologischer Dynamik und enger internationaler Vernetzung geprägt ist. Um unter diesen Bedingungen dauerhaft handlungsfähig zu bleiben, hat die Regierung im Regierungsprogramm 2025–2029 festgehalten, Sicherheit umfassend, integriert und vorausschauend zu gestalten.

| 4

Die integrierte Sicherheitspolitik verbindet staatliche Stellen, Wirtschaft und Gesellschaft unter Einbezug internationaler Partner zu einem abgestimmten sicherheitspolitischen Handlungsrahmen. Sie orientiert sich an den Leitbegriffen Stabilität sichern, Zusammenhalt stärken sowie Widerstandsfähigkeit erhöhen und verbindet diese zu einem modernen, ganzheitlichen Sicherheitsverständnis.

Die sicherheitspolitische Strategie dient dazu, einen verlässlichen Rahmen für staatliches Handeln zu schaffen, die Widerstandsfähigkeit von Staat und Gesellschaft zu erhöhen und die Voraussetzungen dafür zu sichern, dass das Gemeinwesen stabil, solidarisch und handlungsfähig bleibt.

# Positionierung der Strategie

---

Dieses Strategiedokument setzt den Anspruch des Regierungsprogramms 2025–2029 um, Sicherheit als ressortübergreifendes, gesamtstaatliches Handlungsfeld weiterzuentwickeln, und bündelt sicherheitsrelevante Aufgaben, Zuständigkeiten und Initiativen zu einer konsistenten Gesamtschau.

| 5

## Zweck und Mehrwert

**1. Strategische Positionierung.** Die Strategie konkretisiert die sicherheitspolitischen Leitlinien des Regierungsprogramms und verankert sie in klaren Zielen, Schwerpunkten und Handlungsbereichen. Sie schlägt damit eine Brücke zwischen politischer Zielsetzung und praktischer Umsetzung in Verwaltung, im Sicherheitsverbund sowie letztlich in Wirtschaft und Gesellschaft.

**2. Gemeinsame Planungsgrundlage.** Die Strategie schafft Transparenz bezüglich prioritärer Vorhaben und Fähigkeiten – von Prävention und Bevölkerungsschutz über digitale Resilienz bis zu Infrastruktur-, Energie- und Versorgungssicherheit – und unterstützt so eine koordinierte Umsetzung.

# Ausgangslage

---

Die sicherheitspolitische Lage in und um Europa hat sich nachhaltig verschlechtert. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, globale Machtverschiebungen – insbesondere der Aufstieg Chinas und die Neuorientierung der transatlantischen Beziehungen – sowie regionale Konflikte bzw. kriegerische Auseinandersetzungen im Nahen Osten mit unmittelbaren Auswirkungen auf Europa markieren eine Zäsur für die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung. Die Nachkriegsordnung wird von einer multipolaren Welt abgelöst, und die Welt wird zunehmend in Einflussphären aufgeteilt. Die regelbasierte Ordnung und das Völkerrecht bieten nicht mehr die bisherigen Sicherheiten, auch deshalb, weil verstärkt das «Recht des Stärkeren» zur Anwendung gelangt. Die Welt ist geprägt von unterschiedlichen Interessen und Auseinandersetzungen um Wertvorstellungen. Autoritäre Regime, welche die individuelle Freiheit, Meinungsvielfalt und demokratische Prozesse in ihren Staaten teils massiv beschneiden, wollen ihre Macht in ihrer Einflussphäre erhalten oder ausdehnen und/oder ihre Ideologien festigen. Sie stellen die Geltung universeller Menschenrechte in Frage und schwächen die regelbasierte internationale Ordnung. Hinzu kommen hybride Bedrohungen, technologische Umbrüche sowie wachsende Verwundbarkeiten kritischer Infrastrukturen und Lieferketten. Diese Entwicklungen stellen Europa vor fundamentale Herausforderungen. Der Kontinent muss seine Rolle neu definieren, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen, seine sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit ausbauen, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Resilienz stärken, die politische Einheit gewährleisten und die europäischen Werte verteidigen.

Die aktuellen Konflikte zeigen zudem, dass regionale Auseinandersetzungen globale Auswirkungen auf Energie, Lieferketten und Migration haben. Und Europa ist unter anderem durch steigende Energiepreise sowie Cyberangriffe, Terrorismus und hybride Bedrohungen unmittelbar betroffen.

Sicherheitspolitische Analysen zeigen, dass die Bedrohungen vielfältiger und unberechenbarer, die Eintretenswahrscheinlichkeiten höher und das potenzielle Schadensausmass grösser werden. Vor diesem Hintergrund hat sich in Europa die Einsicht durchgesetzt, dass deutlich mehr Mittel in die Sicherheitspolitik und insbesondere die militärische Verteidigung fließen müssen. Gleichzeitig stehen damit aber weniger Mittel für präventive Massnahmen zur Konfliktverhütung und zur Verbesserung der globalen Sicherheit zur Verfügung.

Als ein in Europa integrierter Staat ist auch Liechtenstein gefordert, seine Politik auf die neue Weltlage auszurichten. Dabei stellt sich nicht nur die Frage, wie sich Liechtenstein vor den damit einhergehenden neuen Bedrohungen schützen und seine Resilienz stärken kann. Es geht ebenfalls um die Frage, welchen aktiven Beitrag Liechtenstein im eigenen Interesse für ein stabiles und sicheres Europa mit widerstandsfähigen Demokratien leisten kann.

Die Sicherheitspolitik Liechtensteins hat sich in den vergangenen Jahrzehnten auf die Absicherung und Gestaltung der Souveränität, den Einsatz für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit und die internationale wirtschaftliche Einbettung (OSZE, Europarat, UNO, EWR, EFTA, WTO, IWF), die Wahrung der öffentlichen Ruhe und Ordnung im Inneren sowie die Bewältigung von Naturereignissen konzentriert. Liechtenstein verfügt weder über eine Armee noch ist es Mitglied eines Verteidigungsbündnisses.

Die aktuellen Entwicklungen verdeutlichen, dass sicherheitspolitische Risiken global vernetzt sind und auch kleine, in Europa integrierte Staaten wie Liechtenstein direkt betroffen sind. Steigende Energiepreise, hybride Bedrohungen oder Störungen globaler Lieferketten und die fehlende Verfügbarkeit wichtiger Güter zeigen, dass der Erhalt von Sicherheit als mehrdimensionale Aufgabe zu verstehen ist. Neben den verstärkten hybriden Bedrohungen sind angesichts geopolitischer Entwicklungen auch militärische Eskalationen in Europa mit indirekten Auswirkungen auf andere Staaten zu einem realen Sicherheitsrisiko geworden. Vor diesem Hintergrund gelangte die Regierung zum Schluss, eine umfassende, integrierte sicherheitspolitische Strategie zu erstellen, die den Schutz der Demokratie, die Stärkung der Resilienz, die internationale Zusammenarbeit sowie eine Lage- und Krisenbewältigung im Ereignisfall zum Ziel hat.

# Risiken

---

Liechtenstein verfügt über begrenzte Ressourcen und Möglichkeiten zur Bewältigung von sicherheitsrelevanten Ereignissen. Wegen der geringen Ausdehnung des Staatsgebietes kann rasch ein grösserer Teil des Territoriums oder dieses insgesamt in Gefahr sein. Das betrifft technisch und gesellschaftlich bedingte Notlagen ebenso wie naturbedingte Katastrophen, selbst wenn diese ihren Ursprung nicht in Liechtenstein haben.

Liechtenstein ist auf gute wirtschaftliche Kooperationen, Zugang zu Märkten, Technologien und Arbeitskräfte angewiesen. Offene Grenzen und eine funktionierende grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind für den Wirtschaftsstandort essenziell, denn ohne Schlüsselressourcen wie Rohstoffe, Arbeitskräfte und Energie sowie den Zugang zu Finanz- und Absatzmärkten für Waren und Dienstleistungen könnte Liechtenstein seine wirtschaftliche Stärke, insbesondere in der Industrie und im Finanzsektor, nicht aufrechterhalten.

Liechtenstein ist zudem verschiedenen sicherheitspolitisch relevanten Bedrohungen in den Bereichen Versorgung und Wirtschaft ausgesetzt. So ist es für seine Versorgung auf Importe angewiesen, und die Bevölkerung muss Leistungen, wie z. B. in der spezialisierten Gesundheitsversorgung, im Ausland beziehen. Es besteht das Risiko, von der Versorgung mit Energie, Lebensmitteln, Arbeitskräften oder von Lieferketten abgeschnitten zu werden. Angesichts der Globalisierung von Wertschöpfungs- und Lieferketten sind insbesondere wachsende Abhängigkeiten von Lieferanten für lebenswichtige Rohstoffe, Güter und Dienstleistungen aus dem Ausland zu beachten. Ökonomische Konfrontationen unter Einsatz von Zöllen, durch Handelskriege oder wirtschaftliche Erpressung können Bedrohungen rasch und grundlegend verschärfen. Ebenfalls ergeben sich mögliche Bedrohungen durch ausländische Investitionen in liechtensteinische Unternehmen oder durch deren Übernahmen.

Durch den international stark vernetzten Finanzplatz und den verhältnismässig grossen Industriestandort bestehen zudem besondere Herausforderungen in Bezug auf die Einhaltung sich wandelnder Sorgfaltspflichtvorgaben und die konsequente Umsetzung internationaler Sanktionen.

Eine besondere Herausforderung stellen unterschiedliche Bedrohungen für europäische Demokratien und deren Wertesystem dar. Angesichts konfliktträchtiger geopolitischer Entwicklungen muss vermehrt damit gerechnet werden, dass auch Liechtenstein von hybriden, gegen Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie gerichteten Bedrohungen, etwa durch Desinformation, Beeinflussung, Sabotage oder verdeckte Operationen, betroffen sein kann. Der Informationsintegrität, also der Korrektheit, Vollständigkeit und Unversehrtheit von Daten und Informationen, kommt dabei besondere Bedeutung zu.

Neben einer Zunahme hybrider Bedrohungen haben geopolitische Entwicklungen dazu geführt, dass indirekte oder direkte militärische Angriffe auf europäische Staaten wieder als reales Sicherheitsrisiko zu betrachten sind. Solche Szenarien können auch für Liechtenstein nicht mehr vollständig ausgeschlossen werden. Damit stellt sich die Frage, wie mit den Themen Schutzmassnahmen für die Bevölkerung, die Wirtschaft und damit das ganze Land umgegangen werden soll. Als nicht in ein Bündnis eingebundener Staat ohne eigenes Militär wäre Liechtenstein bei einer Androhung oder Ausführung von indirekten oder direkten militärischen Angriffen nicht zu Abhalte- oder Abwehrmassnahmen in der Lage.

Liechtenstein richtet die sicherheitspolitischen Investitionen primär auf die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie auf die Stärkung ziviler und staatlicher Handlungsfähigkeit aus. Dazu zählen auch die aussenpolitischen Instrumente wie Diplomatie, internationale Kooperationen und multilaterale Einbindung. Vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur wird geprüft, wie sich Liechtenstein positioniert und auf die sicherheitspolitischen Entwicklungen vorbereitet.

Wenngleich Liechtenstein mitten in Europa liegt und von befreundeten Demokratien, mit denen es keine Nachbarschaftskonflikte gibt, umgeben ist, ist es den Krisenregionen an den Rändern Europas gleichzeitig relativ nahe. Damit und mit der starken internationalen Vernetzung der Industrie und der Finanzdienstleistungen sowie der fortschreitenden Digitalisierung sind auch besondere Verwundbarkeiten verbunden. Verstärkte Wirtschaftsspionage oder Cyberereignisse könnten negative Konsequenzen des eigenen wirtschaftlichen Erfolgs sein. Aufgrund der geografischen Lage könnten sich für Liechtenstein auch besondere Gefährdungen durch irreguläre Migration, Extremismus oder international agierende Kriminelle ergeben. Die Topografie, geprägt durch das Rheintal und Gebirgslandschaften, erhöht zudem die Anfälligkeit für durch den Klimawandel forcierte Naturkatastrophen.

# Stärken und Positionierung

---

Mit der sicherheitspolitischen Strategie Liechtensteins wird erstmals ein langfristiger strategischer Handlungsrahmen für eine integrierte Sicherheitspolitik des Landes festgelegt. Dabei soll die künftige Sicherheitspolitik neben der inneren und äusseren Sicherheit weitere sicherheitsrelevante Bereiche umfassen – darunter Cybersicherheit, Wirtschafts- und Finanzplatzsicherheit, Versorgungssicherheit, Bevölkerungsschutz, Energiesicherheit sowie den Umgang mit hybriden Bedrohungen und Desinformation. Die verschiedenen Elemente sollen ineinandergreifend kombiniert und damit als integrierte Sicherheitspolitik umgesetzt werden.

Liechtenstein soll für seine Einwohnerinnen und Einwohner auch künftig ein Garant für Freiheit, Frieden und Wohlstand sein. Der Förderung der gesellschaftlichen Wohlfahrt sowie der Bewahrung und Stärkung des Vertrauens in den gut funktionierenden demokratischen Rechtsstaat und seine Institutionen, in die erfolgreiche Wirtschaft und Wissenschaft sowie in freie Medien wird grosse Bedeutung beigemessen. All dies – wie auch die Identifikation der Bevölkerung mit der Staatsform – besitzt einen hohen sicherheitspolitischen Stellenwert und trägt zusammen mit dem traditionell in der Bevölkerung verankerten Bewusstsein für ihre Grundverantwortung gegenüber der Gesellschaft und dem Staat zur Handlungsfähigkeit in Krisensituationen bei. Angesichts anstehender Herausforderungen sind dabei die weitere Stärkung der Eigenverantwortung und die Befähigung von Bevölkerung und Wirtschaft zur Bewältigung von Krisen zentrale Voraussetzungen für die Resilienz der Gesellschaft.

Das Staatsoberhaupt geniesst das Vertrauen der Bevölkerung und verkörpert Kontinuität über wechselnde Regierungen hinaus. Gemäss Verfassung hat es auch eine zentrale Rolle in der Aussenpolitik, die Liechtensteins Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit auf internationaler Ebene stärkt. In Krisensituationen kommt ihm eine besondere verfassungsrechtliche Stellung zu, die rasche und entschlossene Entscheidungen ermöglicht und zur inneren Stabilität des Landes beiträgt.

Demokratische Prinzipien, Rechtsstaatlichkeit, Orientierung an wissenschaftlichen Erkenntnissen und unabhängige Medien sollen weiterhin ein hohes Vertrauen geniessen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt soll gefestigt, die Zusammenarbeit staatlicher Institutionen weiter gestärkt und eine Kultur der Vorsorge und Resilienz verankert werden.

Darüber hinaus soll die Bevölkerung für die veränderte Sicherheitslage und sicherheitspolitische Themen sensibilisiert werden. Durch offene Dialogformate werden geopolitische Entwicklungen und deren Bedeutung für Liechtenstein vermittelt, sodass sich die Bevölkerung besser darauf einstellen und vorbereiten kann.

Eine weitere Stärke, auf die Liechtenstein zur Vorbeugung und in Notfällen sowie bei Krisen und Katastrophen setzen kann, ergibt sich aus dem Sicherheitsverbund Liechtenstein. Er besteht aus eingespielten Profi- und Miliz-Organisationen und soll unter Einbezug der Bevölkerung weiter gestärkt werden, was auch seine Durchhaltefähigkeit erhöhen soll.

Die enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden und Stellen, kurze Entscheidungswege und ein pragmatisches Handeln haben sich als wesentliche Erfolgsfaktoren erwiesen. Diese bewährten Stärken sollen künftig weiter ausgebaut und gezielt gefördert werden, um auch auf komplexere und neuartige Krisenlagen vorbereitet zu sein. So soll die Krisenorganisation Liechtensteins durch den Aufbau eines durchgängigen, bereichsübergreifenden und regelmässig aktualisierten Lageanalyseprozesses sowie durch eine Stärkung des Landesführungsstabes und eine Professionalisierung der Strukturen für die Krisenbewältigung – inklusive eines politisch-strategischen Führungsstabes – gestärkt werden. Ein verlässliches Lagebild ermöglicht vorausschauendes staatliches Handeln und stärkt die gesamtstaatliche Resilienz.

Liechtenstein ist zudem ein anerkannter, vernetzter Partner in Europa. Das ist auch eine Folge der engen und gut funktionierenden Kooperationen, die mit der Schweiz und Österreich sowie Deutschland und weiteren Staaten entwickelt wurden, mit denen Liechtenstein gemeinsame Werte teilt. Die bilateralen Beziehungen mit strategischen Partnern, auch ausserhalb Europas, sollen weiter gestärkt werden.

Unter Berücksichtigung der skizzierten Risiken und Stärken sowie als erfolgreicher Wirtschafts-, Arbeits- und Innovationsstandort mit besonderen digitalen Chancen, als nachhaltiger Finanzplatz und attraktiver Lebensstandort sowie als aktives Mitglied internationaler Organisationen positioniert sich Liechtenstein als innovativer, verlässlicher und solidarischer Partner. Die internationale Vernetzung und die aktive Mitgliedschaft in internationalen Organisationen sollen auch künftig als Stärke und Chance Liechtensteins genutzt werden.

Des Weiteren sollen die Fähigkeiten zur Abwehr von Cyberangriffen ausgebaut, die innere Sicherheit gestärkt, die wirtschaftliche Sicherheit gewährleistet und der Erhalt einer lebenswerten Umwelt garantiert werden.

Verstärkt berücksichtigt werden soll zudem die Resilienz kritischer Infrastrukturen. Deren Betreiber werden für sicherheitsrelevante Risiken sensibilisiert, Abhängigkeiten in Liefer und Versorgungsketten systematisch identifiziert und bestehende Verletzlichkeiten schrittweise reduziert.

Darüber hinaus wird vertieft geprüft, wie sich Liechtenstein im Umgang mit kriegerischen Auseinandersetzungen positionieren soll und welche Konsequenzen sich aus solchen Positionierungen ergeben. Dabei sollen insbesondere die Auswirkungen auf die staatliche Handlungsfähigkeit, den Bevölkerungsschutz und kritische Infrastrukturen in die Überlegungen einbezogen werden.

# Vision

---

Die Vision der sicherheitspolitischen Strategie bildet den übergeordneten Orientierungsrahmen für das sicherheitspolitische Handeln des Staates. Sie konkretisiert den Anspruch Liechtensteins, den Schutz der Bevölkerung, die Funktionsfähigkeit zentraler Infrastrukturen sowie die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität langfristig sicherzustellen. In Übereinstimmung mit dem Regierungsprogramm 2025–2029, das die Weiterentwicklung einer umfassend gedachten Sicherheitsstrategie und die Stärkung der staatlichen Resilienz vorsieht, dient die Vision als normative Leitplanke für sämtliche strategischen und operativen Massnahmen im Bereich der Sicherheitspolitik.

| 11

*«Liechtenstein ist ein sicheres Land und ein verlässlicher Partner.  
Mit der sicherheitspolitischen Strategie stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt,  
die demokratischen Grundwerte und das Vertrauen in die staatlichen Institutionen.  
Wir sichern die wirtschaftliche und soziale Stabilität.»*

Als sicheres Land und verlässlicher Partner richtet Liechtenstein seine Sicherheitspolitik darauf aus, Risiken frühzeitig zu erkennen, geeignete Vorsorgestrukturen bereitzustellen und die Handlungsfähigkeit des Staates auch in herausfordernden Situationen zu gewährleisten. Die Vision unterstreicht den integrativen Charakter der Sicherheitspolitik, indem sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die demokratischen Grundwerte und das Vertrauen in die staatlichen Institutionen als zentrale Voraussetzungen für eine stabile und widerstandsfähige Ordnung hervorhebt. Gleichzeitig betont sie die Bedeutung wirtschaftlicher und sozialer Stabilität als tragende Elemente einer modernen, vorausschauenden und ressortübergreifend abgestimmten Sicherheitsarchitektur.

# Mission

---

Liechtenstein setzt eine integrierte Sicherheitspolitik um, welche die nationale, europäische und internationale Ebene umfasst und drei eng verflochtene Ziele verfolgt:

- **Gestaltung:** Wir stärken die Voraussetzungen für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand für die Liechtensteiner Bevölkerung weiter.
- **Prävention:** Wir erkennen Bedrohungen und Risiken frühzeitig und wirken ihnen entgegen.
- **Reaktion:** Wir schützen vor Bedrohungen und bewältigen Krisen entschlossen.

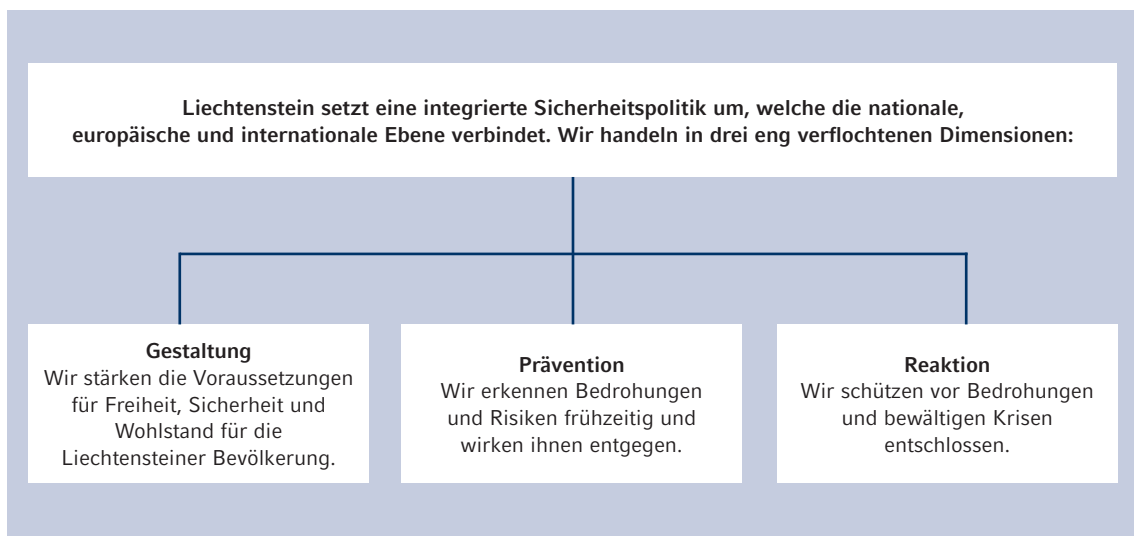


Abbildung 1 – Dimensionen der integrierten Sicherheitspolitik

---

# Leitwerte

---

Ausgehend von der Mission, eine integrierte Sicherheitspolitik umzusetzen, welche die nationale, europäische und internationale Ebene miteinander verknüpft und in den Dimensionen Gestaltung, Prävention und Reaktion wirkt, definieren die Leitwerte die Grundüberzeugungen, die der Staat in seinem sicherheitspolitischen Handeln vertritt.

Die Leitwerte der sicherheitspolitischen Strategie konkretisieren das normative Fundament, auf dem Liechtenstein sein sicherheitspolitisches Handeln aufbaut. Sie schaffen Orientierung für alle staatlichen Stellen, die an der Wahrnehmung sicherheitsrelevanter Aufgaben beteiligt sind, und stellen sicher, dass Massnahmen und Entscheidungen kohärent, rechtsstaatlich und verantwortungsvoll erfolgen. Die Leitwerte verbinden die strategische Mission der integrierten Sicherheitspolitik mit den Grundhaltungen, welche die Arbeit der Behörden und Institutionen prägen.

Die Leitwerte umfassen zentrale Prinzipien, die für ein modernes, resilient ausgerichtetes und am Gemeinwohl orientiertes Staatsverständnis wesentlich sind:

## **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**

Die konsequente Bindung staatlichen Handelns an Recht und Gesetz, Transparenz und Rechenschaftspflicht sind tragende Elemente der liechtensteinischen Ordnung. Sie gewährleisten die Legitimität staatlicher Entscheidungen und stärken das Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Die sicherheitspolitische Strategie bekennt sich ausdrücklich zum Schutz und zur Wahrung der freiheitlich-demokratischen Verfassungsordnung.

## **Zusammenhalt und Partizipation**

Eine starke Sicherheitsarchitektur basiert auf gesellschaftlicher Beteiligung und einer aktiven Rolle der Bevölkerung. Die Förderung von Eigenverantwortung, Engagement und aktiver Mitwirkung stärkt die Prävention, die Resilienz sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt und erhöht die Fähigkeit, sicherheitsrelevante Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen.

## **Technologische Resilienz und Innovation**

Eine zeitgemässe Sicherheitspolitik setzt auf technologische Resilienz und Innovation. Der vorausschauende und verantwortungsvolle Einsatz neuer Technologien und organisatorischer Ansätze stärkt die Fähigkeit, Risiken frühzeitig zu erkennen, Widerstandskraft aufzubauen, Krisen zu bewältigen und so die staatliche Handlungsfähigkeit langfristig zu sichern.

## **Menschenwürde und Solidarität**

Der Schutz der Menschenwürde, der Gleichheit und der grundlegenden Rechte aller Menschen bildet die Grundlage staatlichen Handelns. Die Verantwortung gegenüber der eigenen Bevölkerung stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zugleich prägt die Solidarität die Verantwortung Liechtensteins innerhalb der Staatengemeinschaft und verpflichtet das Land, einen angemessenen Beitrag zum Abbau von Armut und globalen Ungleichheiten sowie zur Bekämpfung der Missachtung grundlegender Rechte von Menschen in anderen Ländern zu leisten. Es liegt im Interesse Liechtensteins, zur Stärkung internationaler Institutionen und der multilateralen Zusammenarbeit beizutragen.

## **Nachhaltigkeit und Verantwortung**

Nachhaltiges und verantwortungsvolles Handeln ist ein zentrales Leitprinzip staatlicher Politik. Die sicherheitspolitische Strategie trägt zum Schutz der Umwelt sowie der natürlichen Lebensgrundlagen bei und berücksichtigt die Auswirkungen sicherheitspolitischer Entscheidungen auf gegenwärtige und künftige Generationen. Verantwortungsbewusste Entscheidungen in allen Bereichen sind Voraussetzung für langfristige Stabilität und Sicherheit.

## **Zusammenfassung der Leitwerte**

Gemeinsam bilden die Leitwerte den normativen Rahmen der sicherheitspolitischen Strategie. Sie gewährleisten, dass Liechtenstein sein sicherheitspolitisches Handeln verantwortungsbewusst, rechtsstaatlich, zukunftsorientiert und im Sinne des Gemeinwohls ausrichtet. Gleichzeitig schaffen sie die Grundlage für eine wirksame Umsetzung der Mission und verankern die drei Dimensionen Gestaltung, Prävention und Reaktion in einem konsistenten, wertebasierten Gesamtsystem.

# Strategieziele

Die Strategieziele definieren die zentralen Schwerpunkte staatlichen Handelns in den kommenden Jahren. Jedes Ziel adressiert einen wesentlichen Baustein nationaler Sicherheit – vom Schutz der demokratischen Ordnung und gesellschaftlichen Stabilität über wirtschaftliche Leistungs- und Innovationsfähigkeit und die Funktionsfähigkeit kritischer Infrastrukturen bis zur Stärkung internationaler Partnerschaften, zur gesamtheitlichen Resilienz und zu operativen Fähigkeiten im Cyberraum, im Bevölkerungsschutz und in der Krisenbewältigung. In ihrer Gesamtheit zielen die Strategieziele darauf ab, Risiken früh zu erkennen, Gefahren vorzubeugen und im Ereignisfall wirksam zu reagieren. Damit reduzieren sie Verwundbarkeiten, stärken die Selbstbehauptungsfähigkeit staatlicher Institutionen und sichern den Schutz sowie die Versorgung der Bevölkerung auch unter aussergewöhnlichen Bedingungen.

Die identifizierten Strategieziele werden nachfolgend angeführt und anschliessend detailliert erläutert:

Strategieziele	
Z1	Demokratisches Wertebewusstsein und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
Z2	Wirtschaftliche Sicherheit gewährleisten
Z3	Funktionieren der kritischen Infrastruktur sicherstellen
Z4	Sicherheit durch vertiefte, institutionell verankerte Partnerschaften stärken
Z5	Erhalt einer lebenswerten Umwelt sicherstellen
Z6	Früherkennung durch kontinuierliche Lageanalysen systematisieren
Z7	Integrität des Informationsraums schützen
Z8	Cyberfähigkeit zur Abwehr von Angriffen stärken
Z9	Innere Sicherheit stärken
Z10	Bevölkerungsschutz einsatzbereit machen und auf potenzielle Gefahren ausrichten
Z11	Krisenorganisation stärken
Z12	Grundversorgung in ausserordentlichen Lagen gewährleisten
Z13	Resilienz gegenüber Auswirkungen bewaffneter Konflikte stärken

## Z1. Demokratisches Wertebewusstsein und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Eine resiliente und handlungsfähige Gesellschaft ist eine zentrale Voraussetzung für die Stabilität Liechtensteins. Demokratischen Werten und einem starken Gemeinschaftsgefühl kommen besondere Bedeutung zu. Sie schaffen Vertrauen, Orientierung und die Grundlage für gesamtstaatliche Handlungsfähigkeit.

Gesellschaftliche Polarisierung, fragmentierte Informationsräume, Desinformation sowie ein potenzieller Verlust des Vertrauens in staatliche Institutionen können das demokratische Fundament beeinträchtigen. Solche Entwicklungen mindern die Fähigkeit, Krisen gemeinsam zu bewältigen und die gesellschaftliche Resilienz zu erhalten.

Angestrebt werden eine starke Identifikation mit Liechtenstein und ein klares Bekenntnis zu den europäischen Werten. Demokratische Prinzipien, Rechtsstaatlichkeit, die Orientierung an wissenschaftlichen Erkenntnissen und unabhängige Medien sollen ein grosses Vertrauen geniessen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird gefestigt, die Zusammenarbeit staatlicher Institutionen weiter gestärkt und eine Kultur der Vorsorge und Resilienz verankert.

## **Z2. Wirtschaftliche Sicherheit gewährleisten**

Eine verlässliche Versorgung mit lebenswichtigen Ressourcen sowie Zugang zu kritischen Gütern, Dienstleistungen und modernen Technologien sind für die wirtschaftliche Stabilität und die technologische Handlungsfähigkeit Liechtensteins unerlässlich. Die internationale Vernetzung erhöht die Bedeutung sicherer und resilienter Wertschöpfungs- und Innovationssysteme.

Globale Abhängigkeiten, geopolitische Spannungen, Lieferkettenunterbrüche sowie Risiken des Know-how-Abflusses und unerwünschte Einflussnahmen stellen potenzielle Gefährdungen dar. Diese Entwicklungen können die Versorgungssicherheit, den Marktzugang und die Stabilität des Wirtschaftsstandortes beeinträchtigen.

Ziel ist es, den Zugang zu essenziellen Gütern, Dienstleistungen und Technologien langfristig zu sichern, Abhängigkeiten durch Diversifikation zu vermindern und die Forschungs- sowie Innovationszusammenarbeit zu stärken. Liechtenstein schafft die erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen, setzt einschlägige Standards um, schützt Wissen, Daten, Technologien und Investitionen und gewährleistet einen sicheren Austausch mit Partnerstaaten. Wirtschaft und Wissenschaft werden wirksam vor Missbrauch geschützt, die Stabilität des Standorts Liechtenstein wird gestärkt.

## **Z3. Funktionieren der kritischen Infrastruktur sicherstellen**

Kritische Infrastrukturen umfassen Systeme und Einrichtungen, deren Ausfall oder Beeinträchtigung erhebliche Versorgungsengpässe für die Bevölkerung verursacht, wie bei Energie, Wasser, Lebensmitteln, Verkehr, Telekommunikation, Finanzdienstleistungen sowie Sozial- und Gesundheitsversorgung.

Die massgeblichen kritischen Infrastrukturen befinden sich im Ausland. Physische und digitale Angriffe, technische Ausfälle, Naturereignisse sowie globale Lieferkettenunterbrüche können die Funktionsfähigkeit kritischer Systeme gefährden.

Angestrebt wird, kritische Infrastrukturen fortlaufend zu evaluieren und gegenüber Störungen zu härten. Sie sollen auch bei eingeschränkter Funktionsfähigkeit essenzielle Leistungen verlässlich erbringen. Die Kommunikation zwischen Betreibern und Behörden ist im Krisenfall rasch, abgestimmt und wirksam.

## **Z4. Sicherheit durch vertiefte, institutionell verankerte Partnerschaften stärken**

Die Sicherheit Liechtensteins beruht in hohem Masse auf stabilen, verlässlichen und institutionell verankerten Partnerschaften mit den Nachbarstaaten sowie mit weiteren europäischen und internationalen Akteuren. Die Mitgestaltung einer regelbasierten internationalen Ordnung stärkt die nationale Souveränität.

Steigende geopolitische Spannungen, Informations- und Cyberbedrohungen, rasante technologische Entwicklungen sowie komplexe Risikolagen erhöhen die Bedeutung bilateraler und multilateraler Zusammenarbeit.

Liechtenstein festigt seine Sicherheit, indem es die Zusammenarbeit mit strategisch relevanten Staaten vertieft und institutionell verankert sowie einen aktiven Beitrag zu globaler Sicherheit, Stabilität und Frieden leistet. Durch eine aktive und vorausschauende Aussenpolitik, die Beteiligung an restriktiven Massnahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union sowie das entschlossene Auftreten gegen diskriminierende Massnahmen, positioniert sich Liechtenstein als verlässlicher Akteur, festigt seine staatliche Souveränität und leistet einen Beitrag zur Stabilität und Widerstandsfähigkeit Europas.

## **Z5. Erhalt einer lebenswerten Umwelt sicherstellen**

Eine intakte Umwelt ist Grundlage für Lebensqualität, Ernährungssicherheit, wirtschaftliche Wertschöpfung, gesellschaftliche Stabilität und die langfristige Sicherheit Liechtensteins.

Der Schutz natürlicher Lebensgrundlagen gewinnt angesichts globaler Umweltveränderungen, Migrationsbewegungen und Umweltkosten an Bedeutung.

Die Auswirkungen des Klimawandels und der Verlust der Biodiversität können die Gesundheit der Bevölkerung und die Widerstandsfähigkeit des Landes beeinträchtigen, die Ernährungssicherheit und Wirtschaftsgrundlage schwächen und Sicherheitsrisiken verstärken.

Liechtenstein schützt sich wirksam vor den Folgen von Naturgefahren und Klimawandel, leistet seinen Beitrag zum Klimaschutz und stärkt die ökologische Resilienz zum Erhalt einer lebenswerten Umwelt für heutige und künftige Generationen.

## **Z6. Früherkennung durch kontinuierliche Lageanalysen systematisieren**

Die frühzeitige Erkennung sicherheitsrelevanter Entwicklungen ist entscheidend für die staatliche Handlungsfähigkeit. Die zunehmende Komplexität geopolitischer, technologischer und gesellschaftlicher Veränderungen erfordert eine kontinuierliche und strukturierte Lagebeobachtung.

Risiken treten häufig schleichend und bereichsübergreifend ein, was ihre Erkennung erschwert. Ohne systematische Analysen können Signale übersehen werden und die Einleitung notwendiger Massnahmen erfolgt nicht zeitgerecht.

Ziel ist der Aufbau eines bereichsübergreifend und regelmässig aktualisierten Lageanalyseprozesses. Ein verlässliches Lagebild ist das Fundament für ein integriertes und vorausschauendes staatliches Handeln und stärkt die gesamtstaatliche Resilienz.

## **Z7. Integrität des Informationsraums schützen**

Eine verlässliche öffentliche Informationswelt ist für die Meinungsbildung und das Vertrauen in demokratische Prozesse unverzichtbar.

Desinformation sowie die damit einhergehende Polarisierung beeinträchtigen Meinungsbildung und Entscheidungsprozesse. Da solche Aktivitäten gezielt unter der Schwelle dessen bleiben, was man üblicherweise als offenen Angriff wahrnimmt, sind sie schwieriger frühzeitig zu erkennen und einzuordnen.

Liechtenstein schützt die Integrität seines Informationsraums, indem es manipulative Einflussnahmen, Desinformation und andere hybride Aktivitäten frühzeitig erkennt und in geeigneter Form darauf reagiert. Ziele sind die Sensibilisierung und weitere Befähigung der Bevölkerung sowie insgesamt eine robuste gesellschaftliche Debatte, die auf vertrauenswürdigen Informationen basiert und den Zusammenhalt sowie die staatliche Handlungsfähigkeit stärkt.

## **Z8. Cyberfähigkeiten zur Abwehr von Angriffen stärken**

Cyberfähigkeiten sind essenziell für die staatliche und wirtschaftliche Stabilität. Mit der Digitalisierung steigen sowohl die Abhängigkeit von IT-Infrastrukturen als auch die Anforderungen an deren Schutz.

Komplexe und zunehmend zielgerichtete Cyberangriffe können erhebliche Schäden verursachen. Ohne Fähigkeiten zur Erkennung, Frühwarnung und Analyse sowie robuste Abwehrfähigkeiten und klare Prozessen in der Reaktion auf Angriffe besteht die Gefahr gravierender Störungen.

Ziel ist die Stärkung und Weiterentwicklung der nationalen Cyberfähigkeiten. Durch widerstandsfähige Sicherheitsmechanismen, koordinierte Abläufe und internationale Zusammenarbeit wird die digitale Resilienz von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft erhöht.

## **Z9. Innere Sicherheit stärken**

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gewährleistet die Stabilität und Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen. Angesichts gesellschaftlicher, technologischer und geopolitischer Veränderungen kommt ihr besondere Bedeutung zu.

Liechtenstein sieht sich vielfältigen und grenzüberschreitenden Bedrohungen ausgesetzt, die zunehmend hybride Ausprägungen aufweisen, darunter Terrorismus und Radikalisierung, organisierte Kriminalität und Finanzkriminalität. Diese Bedrohungen können das Vertrauen in den Staat und den gesellschaftlichen Zusammenhalt beeinträchtigen.

Ziel ist eine noch robustere Sicherheitsorganisation, die Bedrohungen frühzeitig erkennt, Risiken wirksam eingrenzt und effizient zusammenarbeitet, damit die Prävention und konsequente Verfolgung schwerer und organisierter Kriminalität sowie von Geldwäscherei, illegalen Finanzflüssen und Korruption weiterhin gewährleistet ist.

## **Z10. Bevölkerungsschutz einsatzbereit machen und auf potenzielle Gefahren ausrichten**

Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz ist ein zentraler Bestandteil der gesamtstaatlichen Krisenfähigkeit. Steigende Anforderungen und komplexe Gefahrenlagen erfordern robuste Strukturen und verlässliche Abläufe.

Die zunehmende Komplexität von Schadensszenarien sowie längere Einsatzdauern stellen die bestehenden Strukturen, personellen Ressourcen und technischen Mittel vor wachsende Herausforderungen.

Ziel ist es, die Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit des Bevölkerungsschutzes durch die Erhöhung von Kapazitäten sowie durch die Professionalisierung der Strukturen und den Ausbau technischer Hilfsmittel und der Führungsinstrumente zu stärken.

## **Z11. Krisenorganisation stärken**

Eine eingespielte Krisenorganisation ist entscheidend für ein rasches und koordiniertes staatliches Handeln. Komplexe Krisen erfordern klare Führungsstrukturen, auch auf strategisch-politischer Ebene.

Die bestehenden Strukturen stossen in Krisen an ihre Grenzen und erschweren schnelle und fachlich koordinierte Entscheide.

Liechtenstein soll künftig über eine widerstandsfähige, klar strukturierte und interoperable Krisenorganisation verfügen, die in allen Lagen rasch, koordiniert und vorausschauend handlungsfähig ist. Zuständigkeiten, Entscheidungswege und Führungsstrukturen sind eindeutig geregelt, sodass staatliche Kernfunktionen auch unter komplexen und langandauernden Krisenbedingungen sichergestellt bleiben.

## **Z12. Grundversorgung in ausserordentlichen Lagen gewährleisten**

Unterbrochene Lieferketten, Angebotsengpässe und erhöhte Nachfrage, hybride Angriffe oder Sabotage können Versorgungssysteme erheblich beeinträchtigen.

Die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern und kritischen Dienstleistungen ist für die gesellschaftliche Stabilität essenziell. Liechtenstein ist auf der Grundlage des Zollvertrages Teil der wirtschaftlichen Landesversorgung der Schweiz.

Ziel ist es, die Handlungsfähigkeit des Landes bei schweren Mangellagen in enger Abstimmung mit der Landesversorgung der Schweiz zu erhöhen. Dabei kommt der Eigenvorsorge der Bevölkerung auch künftig eine besondere Bedeutung zu.

## **Z13. Resilienz gegenüber kriegerischen Auseinandersetzungen stärken**

Wie keine andere Bedrohung können kriegerische Auseinandersetzungen in Europa die Sicherheit der liechtensteinischen Bevölkerung sowie die staatliche Souveränität gefährden. Liechtenstein verfügt weder über eine Armee noch über ein Verteidigungsabkommen und gehört auch keinem militärischen Verteidigungsbündnis an.

Die veränderte geopolitische Lage führt zu einer Zunahme von kriegerischen Auseinandersetzungen. Das Risikospektrum reicht von hybrider Kriegsführung über Fernangriffe mit Lenkwaffen bis hin zu umfassenden militärischen Operationen im Land selbst.

Liechtenstein stärkt seine gesamtstaatliche Fähigkeit, auch in Situationen hybrider, distanzgeführter oder konventioneller militärischer Bedrohungen funktionsfähig zu bleiben. Ziele sind der Schutz der Bevölkerung und die Aufrechterhaltung staatlicher Kernfunktionen.

# Strategische Handlungsfelder

Die strategischen Handlungsfelder strukturieren die Umsetzung der Massnahmen: Sie bündeln thematisch verwandte Aufgaben, definieren Zuständigkeiten und machen Wirkungszusammenhänge sichtbar.

Die Handlungsfelder verbinden vorhandene Fähigkeiten von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, unterstützen vorausschauende Risikoerkennung und ermöglichen abgestimmtes Handeln über Zuständigkeitsgrenzen hinweg.

So entsteht ein klarer Rahmen, innerhalb dessen Liechtenstein seine sicherheitspolitischen Grundlagen stärkt, Kooperationen gezielt nutzt und prioritäre Fähigkeiten weiterentwickelt.

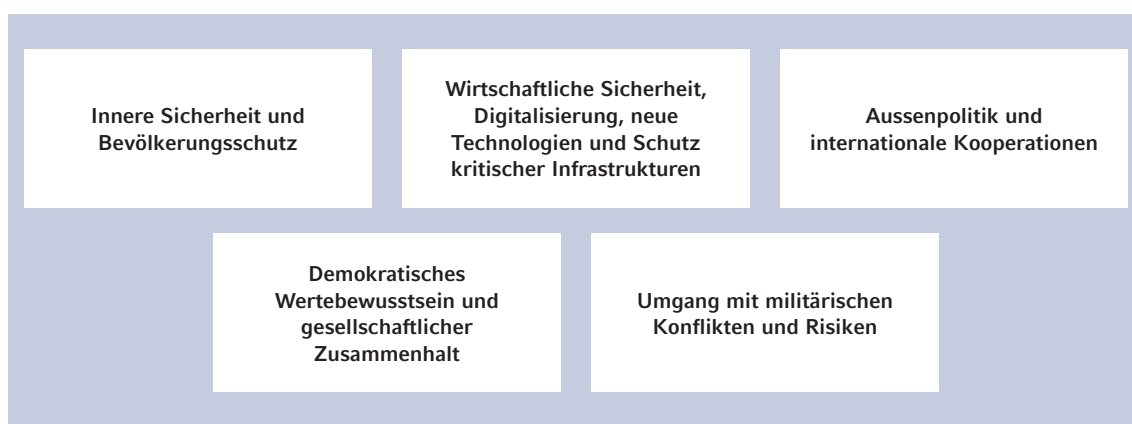


Abbildung 2 – Strategische Handlungsfelder der Sicherheitspolitik

Handlungsfelder	Zugeordnete Ziele
<b>Innere Sicherheit und Bevölkerungsschutz</b>	Z5 Erhalt einer lebenswerten Umwelt sicherstellen Z6 Früherkennung durch kontinuierliche Lageanalysen systematisieren Z9 Innere Sicherheit stärken Z10 Bevölkerungsschutz einsatzbereit machen und auf potenzielle Gefahren ausrichten Z11 Krisenorganisation stärken
<b>Wirtschaftliche Sicherheit, Digitalisierung, neue Technologien und Schutz kritischer Infrastrukturen</b>	Z2 Wirtschaftliche Sicherheit gewährleisten Z3 Funktionieren der kritischen Infrastruktur sicherstellen Z8 Cyberfähigkeiten zur Abwehr von Angriffen stärken Z12 Grundversorgung in ausserordentlichen Lagen gewährleisten
<b>Aussenpolitik und internationale Kooperationen</b>	Z4 Sicherheit durch vertiefte, institutionell verankerte Partnerschaften stärken
<b>Demokratisches Wertebewusstsein und gesellschaftlicher Zusammenhalt</b>	Z1 Demokratisches Wertebewusstsein und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken Z7 Integrität des Informationsraums schützen
<b>Umgang mit militärischen Konflikten und Risiken</b>	Z13 Resilienz gegenüber kriegerischen Auseinandersetzungen stärken

Die nachfolgenden Massnahmen bilden den strategischen Kern der Sicherheitspolitik. Daraus wurden 15 Massnahmen als prioritär definiert. Sie werden in einem ersten Schritt angegangen. Die Priorisierung erfolgte auf Grundlage einer kombinierten Betrachtung von Dringlichkeit, politischer Tragfähigkeit, systemischer Notwendigkeit und Risikorelevanz.

## Innere Sicherheit und Bevölkerungsschutz

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit und der Schutz der Bevölkerung bilden das Fundament staatlicher Verantwortung. In einem Umfeld mit wachsenden Anforderungen – von Kriminalitätsformen über Naturgefahren bis zu komplexen Einsatzlagen – benötigt Liechtenstein eine moderne, gut koordinierte und resilient ausgerichtete Sicherheitsarchitektur. Dieses Handlungsfeld fokussiert auf Prävention, effiziente Einsatzstrukturen, klare Verantwortlichkeiten und den Schutz lebenswichtiger staatlicher Funktionen. Das Leistungsprofil des Bevölkerungsschutzes gilt es auf die im Rahmen der integrierten Sicherheitsstrategie vereinbarten Zielsetzungen abzustimmen.

Strategieziele	Handlungsoptionen Vorhaben/Projekte	Bewertung Prioritär
<b>Z5</b> Erhalt einer lebenswerten Umwelt sicherstellen	<b>M01</b> Anpassen der bestehenden Bauten zum Schutz vor Naturgefahren an die sich verändernden Klimabedingungen	
	<b>M02</b> Nachhaltiger Schutz der Umwelt	
<b>Z6</b> Früherkennung durch kontinuierliche Lageanalysen systematisieren	<b>M03</b> Sicherheitspolitische Lageverfolgung und Antizipation	x
<b>Z9</b> Innere Sicherheit stärken	<b>M04</b> Rasche und konsequente Umsetzung der internationalen Standards zur Bekämpfung von Geldwäscherei, organisierter Kriminalität und Terrorismusfinanzierung sowie konsequente Übernahme der UN- und EU-Sanktionen	
	<b>M05</b> Ausbau nachrichtendienstlicher Fähigkeiten und Kooperationen	
	<b>M06</b> Übergreifende Nutzung bestehender Strategien und Risikoanalysen	
<b>Z10</b> Bevölkerungsschutz einsatzbereit machen und auf potenzielle Gefahren ausrichten	<b>M07</b> Bevölkerungsschutz einsatzbereit machen und auf potenzielle Gefahren ausrichten	x
	<b>M08</b> Bevölkerungsschutz auf kriegerische Auseinandersetzungen vorbereiten	
<b>Z11</b> Krisenorganisation stärken	<b>M09</b> Stärkung des Landesführungsstabs durch Professionalisierung der Strukturen für die Krisenbewältigung	x
	<b>M10</b> Schaffung eines politisch-strategischen Führungsstabs (PSF)	x
	<b>M11</b> Regelmässige Übungen zur strategischen und operativen Bewältigung von Krisen	
<b>Z12</b> Grundversorgung in ausserordentlichen Lagen gewährleisten	<b>M12</b> Lager für humanitäre Güter für Notsituationen	
	<b>M13</b> Persönliche Notfallvorsorge stärken	
	<b>M14</b> Sicherstellung medizinischer Infrastruktur sowie der zum Betrieb erforderlichen personellen und materiellen Kapazitäten im Krisenfall	x

## Wirtschaftliche Sicherheit, Digitalisierung, neue Technologien und Schutz kritischer Infrastrukturen

Liechtensteins Wohlstand basiert auf einer hochgradig vernetzten, international ausgerichteten Wirtschaft. Digitale Abhängigkeiten, technologische Entwicklungen und zunehmende Bedrohungen gegenüber kritischen Infrastrukturen stellen neue Anforderungen an die nationale Sicherheit. Dieses Handlungsfeld unterstützt die Resilienz wirtschaftlicher Prozesse, fördert den sicheren Einsatz digitaler Technologien und leistet Gewähr, dass kritische Dienstleistungen und Infrastrukturen auch bei Störungen funktionsfähig bleiben. Damit trägt es wesentlich zur Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit Liechtensteins bei.

Strategieziele	Handlungsoptionen Vorhaben/Projekte	Bewertung Prioritär
<b>Z2</b> Wirtschaftliche Sicherheit gewährleisten	<b>M15</b> Stellenwert der wirtschaftlichen Landesversorgung stärken	x
	<b>M16</b> Evaluation und Übernahme von Massnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit	
	<b>M17</b> Stärkung der digitalen Souveränität	
	<b>M18</b> Systematische Analyse und Monitoring der wirtschaftlichen Abhängigkeiten	x
	<b>M19</b> Reduktion von Abhängigkeiten in der Energieversorgung	x
	<b>M20</b> Abkommen mit der Schweiz zur Zusammenarbeit im Energiebereich	
<b>Z3</b> Funktionieren der kritischen Infrastruktur sicherstellen	<b>M21</b> Härtung des Mobilfunknetzes	
	<b>M22</b> Verlässliche und verfügbare Kommunikations- und Informationssysteme für staatliche Behörden und weitere sicherheitsrelevante Institutionen	x
	<b>M23</b> Erhöhung der Standards beim Schutz kritischer Infrastrukturen	x
<b>Z8</b> Cyberfähigkeiten zur Abwehr von Angriffen stärken	<b>M24</b> Erstellung eines Lagebilds über aktuelle Cyberbedrohungen	
	<b>M25</b> Ausbau des zentralen Schwachstellenmonitorings und der Informationsbereitstellung im Bereich Cybersicherheit	
	<b>M26</b> Stärkung der Cyberfähigkeiten zur Abwehr von Angriffen auf die kritischen Infrastrukturen	x

## Aussenpolitik und internationale Kooperationen

Als offener und international vernetzter Staat ist Liechtenstein in besonderem Mass auf tragfähige internationale Kooperationen angewiesen. Sicherheit entsteht nicht isoliert, sondern durch die Einbindung in gemeinsame Regeln, Verfahren und Vertrauensstrukturen. Die enge Vernetzung und aktive Mitwirkung in multilateralen Strukturen sichern die internationale Verankerung Liechtensteins, stärken die Rechtssicherheit und ermöglichen es, internationale Standards wirksam mitzugestalten. Durch verlässliche Partnerschaften mit Nachbarstaaten sowie regionalen und globalen Akteuren leistet Liechtenstein einen sichtbaren Beitrag zur internationalen Sicherheit und wahrt gleichzeitig seine sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit.

Strategieziele	Handlungsoptionen Vorhaben/Projekte	Bewertung Prioritär
<b>Z4</b> Sicherheit durch vertiefte, institutionell verankerte Partnerschaften stärken	<b>M27</b> Engagement für regelbasierte und berechenbare Handelsbeziehungen sowie einen diskriminierungsfreien Zugang zu Märkten und Technologien, um die globale Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Sicherheit zu stärken	
	<b>M28</b> Prüfung von sicherheitspolitischen Kooperationen und Partnerschaften	x
	<b>M29</b> Beitrag zu globaler Sicherheit, Stabilität und Frieden durch internationale Solidarität sowie ein aktives Engagement für das Völkerrecht und die Rechtsstaatlichkeit leisten	x

## Demokratisches Wertebewusstsein und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Ein starkes demokratisches Bewusstsein und ein grosser gesellschaftlicher Zusammenhalt sind zentrale Bestandteile der inneren Stabilität Liechtensteins. Angesichts einer zunehmend komplexen Informationsumgebung und gesellschaftlicher Veränderungsprozesse gewinnt die Förderung von Resilienz, Medienkompetenz und partizipativer Mitgestaltung an Bedeutung. Dieses Handlungsfeld unterstützt den Erhalt des sozialen Vertrauens, stärkt die Abwehrfähigkeit gegenüber Desinformation und Polarisierung und fördert ein Umfeld, in dem Bevölkerung, Institutionen und Staat gemeinsam zur Stabilität des Landes beitragen.

Strategieziele	Handlungsoptionen Vorhaben/Projekte	Bewertung Prioritär
<b>Z1</b> Demokratisches Wertebewusstsein und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken	<b>M30</b> Information der Bevölkerung zur Sicherheitspolitik	x
	<b>M31</b> Stärkung von Austausch und Wissenstransfer zwischen Regierung, Landtag, Gemeinden, Wirtschaft, Wissenschaft und Justiz	
<b>Z7</b> Integrität des Informationsraums schützen	<b>M32</b> Stärkung der Resilienz und der Prävention gegenüber Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation durch Sensibilisierung, Bildung und Medienkompetenz	
	<b>M33</b> Vielfalt von Qualitätsmedien fördern, Qualitätskriterien definieren	

## Umgang mit militärischen Konflikten und Risiken

Auch wenn Liechtenstein keine eigene Armee unterhält, ist das Land von sicherheitspolitischen Entwicklungen und militärischen Konflikten in Europa und darüber hinaus direkt betroffen. Geografische Lage, wirtschaftliche Verflechtungen und internationale Abhängigkeiten machen eine vorausschauende Auseinandersetzung mit militärischen Risiken notwendig. Dieses Handlungsfeld stärkt die Fähigkeit des Landes, die Auswirkungen externer Konflikte zu bewerten, geeignete Vorsorgemassnahmen zu treffen und im Rahmen internationaler Kooperationen zur Stabilität beizutragen.

Strategieziele	Handlungsoptionen Vorhaben/Projekte	Bewertung Prioritär
<b>Z13</b> Resilienz gegenüber kriegerischen Auseinandersetzungen stärken	<b>M34</b> Festlegung eines gesamtstaatlichen Ansatzes zum Umgang mit kriegerischen Auseinandersetzungen	x

# Anhang

---

## **Hinweis**

Im Anhang werden werden die im Strategieplan aufgeführten Handlungsoptionen im Detail beschrieben.

## M01 Anpassen der bestehenden Bauten zum Schutz vor Naturgefahren an die sich verändernden Klimabedingungen

Strategisches Ziel	Z5
Massnahme	Die bestehende Schutzbauteninfrastruktur wird an die veränderten Klimabedingungen angepasst.
Zielsetzung/Nutzen	Soll das Schutzziel unverändert beibehalten werden, nämlich der Schutz vor Ereignissen, wie sie statistisch alle 300 Jahre einmal auftreten, müssen die bestehenden Schutzbauten auf die künftig für ein Ereignis mit einer Wiederkehrdauer von 300 Jahren in Rechnung zu stellenden Grössenordnungen ausgebaut werden.
Ausgangslage	Schutzbauten sind auf ein vorgegebenes Schutzziel bemessen. Das Siedlungsgebiet wird im Regelfall vor Einwirkungen mit einer Wiederkehrdauer von 300 Jahren geschützt. Bedingt durch den Klimawandel steigen die Intensitäten der Ereignisse bei gleicher Jährlichkeit an.

## M02 Nachhaltiger Schutz der Umwelt

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z5</b>
Massnahme	Der nachhaltige Schutz der Umwelt wird verfolgt, indem umweltrelevante Ziele konsequent verfolgt und weiterentwickelt werden. Durch gezielte Massnahmen werden die natürlichen Ressourcen gestärkt und langfristig gesichert.
Zielsetzung/Nutzen	Der nachhaltige Schutz der Umwelt dient der langfristigen Stabilität und Sicherheit Liechtensteins. Durch die konsequente Umsetzung der Klimastrategie 2050, des Aktionsplans Biodiversität 2030+, der Waldstrategie 2030+, der Schutzwaldausscheidung und des Bewirtschaftungsplans mit Massnahmenprogramm nach Wasserrahmenrichtlinie wird die Resilienz gegenüber Naturgefahren (z. B. Hochwasser, Hitze, Murgänge), globalen Umweltveränderungen, Migrationsbewegungen und dem Artenverlust gestärkt, der langfristige Erhalt natürlicher Ressourcen (insb. Wasser, Boden, Biodiversität) gesichert, die internationale Verpflichtung Liechtensteins im Bereich Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung erfüllt und die aussen- und sicherheitspolitische Glaubwürdigkeit gestärkt.
Ausgangslage	Der Klimawandel, der Verlust von Biodiversität und die Degradation von natürlichen Ressourcen werden als Risiken mit sicherheitspolitischer Relevanz eingestuft, da sie bestehende Gefährdungen verstärken und neue Belastungen für Staat und Gesellschaft erzeugen. Vor diesem Hintergrund hat Liechtenstein mit den genannten Strategien und Konzepten einen verbindlichen strategischen Rahmen geschaffen, der umwelt- und klimabezogene Risiken vorausschauend adressiert und den nachhaltigen Schutz der Umwelt als Bestandteil der sicherheitspolitischen Vorsorge verankert.

## M03 Sicherheitspolitische Lageverfolgung und Antizipation

Strategisches Ziel	Z6
Massnahme	Es werden Kapazitäten zur systematischen Beobachtung und Analyse neuer sicherheitspolitischer Entwicklungen aufgebaut, die auch als Grundlage für ein antizipatives und integriertes Handeln auf gesamtstaatlicher Ebene dienen.
Zielsetzung/Nutzen	Bedrohungen und sicherheitsrelevante Entwicklungen werden frühzeitig erkannt, bevor sie akut werden. Die gewonnenen Lagekenntnisse ermöglichen ein vorausschauendes, ressortübergreifendes Handeln und reduzieren die Gefahr, von Entwicklungen überrascht zu werden. Sicherheitspolitische Entscheide werden auf einer fundierten, aktuellen Analysebasis getroffen.
Ausgangslage	Eine systematische und kontinuierliche Verfolgung der sicherheitspolitischen Lage findet bislang nicht statt. Bestehende Analysekapazitäten sind fragmentiert und nicht durchgängig auf eine antizipative Gesamtschau ausgerichtet, was ein integriertes, vorausschauendes Handeln erschwert.

## M04 Rasche und konsequente Umsetzung der internationalen Standards zur Bekämpfung von Geldwäscherei, organisierter Kriminalität und Terrorismusfinanzierung sowie konsequente Übernahme von UN- und EU-Sanktionen

Strategisches Ziel	Z9
Massnahme	<p>Bekennung zur weiteren raschen und konsequenten Weiterentwicklung des bereits robusten Rahmens zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. EU- und FATF-Standards werden fortlaufend übernommen, bestehende Massnahmen und Gesetzesgrundlagen werden laufend überprüft und in Übereinstimmung mit den neusten Entwicklungen und Erkenntnissen aus der Praxis angepasst. Die UN- und EU-Sanktionen werden weiterhin schnellstmöglich direkt innerstaatlich umgesetzt resp. autonom nachvollzogen.</p>
Zielsetzung/Nutzen	<p>Liechtenstein wird als sauberer Finanzplatz und als verlässlicher Partner wahrgenommen. Durch ein robustes Abwehrdispositiv und effiziente internationale Zusammenarbeit leistet der Staat einen wichtigen Beitrag zur internationalen Sicherheit. Gutes Assessment und die zeitnahe Übernahme neuester Standards und Massnahmen bilden die Grundlage für einen erfolgreichen Finanzplatz.</p>
Ausgangslage	<p>Liechtenstein beteiligt sich seit Jahrzehnten aktiv an der Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung und orientiert sich dabei am internationalen Standard der Financial Action Task Force (FATF).</p> <p>Als Mitglied von MONEYVAL, einem Regionalgremium nach Vorbild der FATF, wird das Land seit 1999 regelmässig geprüft und erhält darauf aufbauend länderspezifische Empfehlungen zur Stärkung des Abwehrdispositivs. Zentrales Ziel: Bestätigung einer sehr guten Einstufung bei der nächsten Prüfung.</p> <p>Aufgrund des verhältnismässig grossen und international stark vernetzten Finanzplatzes stellt Geldwäscherei weiterhin das (Reputations-)Risiko Nummer 1 dar. Zudem verändert sich das finanz- und geopolitische Umfeld immer schneller. Neue Produkte, immer komplexere Netzwerke und verschiedene Krisenherde erschweren die Arbeit. Es ist eine Herausforderung, mit den bestehenden Ressourcen mit den Entwicklungen Schritt zu halten.</p>

## M05 Ausbau nachrichtendienstlicher Fähigkeiten und Kooperationen

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z9</b>
Massnahme	Die sicherheitspolitische Lage und Analysefähigkeit wird durch den gezielten Ausbau der Fähigkeiten der zuständigen Behörden sowie durch die institutionalisierte Zusammenarbeit relevanter Stellen gestärkt. Ziele sind die koordinierte Früherkennung, Analyse und Bewertung sicherheitsrelevanter Entwicklungen und Ereignisse im Bereich des Staatsschutzes sowie die Berichterstattung. Ergänzend wird die internationale bzw. grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Partnerbehörden weiterentwickelt.
Zielsetzung/Nutzen	Die sicherheitspolitische Lageerfassung und Analysefähigkeit wird durch die Bündelung von Ressourcen im präventiven Bereich, durch institutionalisierte Informations- und Analyseprozesse, koordinierte Kontakte zu internationalen Partnern sowie den gezielten Ausbau nachrichtendienstlicher Analyse- und Bewertungskompetenzen gestärkt.
Ausgangslage	Die sicherheitspolitische Lage ist durch geopolitische Spannungen, hybride Bedrohungen und eine hohe technologische Dynamik geprägt. Dabei stellen nachrichtendienstliche Fähigkeiten ein zentrales Instrument des Staatsschutzes dar. Sie ermöglichen eine frühzeitige Lageerkennung, die Identifikation hybrider Bedrohungen, die fundierte Unterstützung politischer Entscheidungsprozesse sowie die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität und stärken damit die Resilienz demokratischer Systeme. In einer zunehmend komplexen und unsicheren Welt sind nachrichtendienstliche Fähigkeiten auch für Liechtenstein sicherheitspolitisch erforderlich. Ressourcen und die Expertise in diesem Bereich sind bislang nur begrenzt vorhanden.

## M06 Übergreifende Nutzung bestehender Strategien und Risikoanalysen

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z9</b>
Massnahme	Die bestehenden nationalen Risikoanalysen und Strategien im Bereich der inneren Sicherheit (Bekämpfung von Extremismus, Geldwäscherei, organisierter Kriminalität, Terrorismus) sind zu analysieren, Synergien zu identifizieren und die daraus gewonnenen Erkenntnisse gezielt in die gesamtheitliche Planung und Massnahmenableitung einfliessen zu lassen. Dazu gehört auch die regelmässige Überprüfung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen.
Zielsetzung/Nutzen	Doppelspurigkeiten werden abgebaut, Synergien genutzt, Ressourcen gezielter eingesetzt und Schutzlücken frühzeitig erkannt. Eine gesamtheitliche Sicherheitsplanung entsteht – nicht als Momentaufnahme, sondern als lebendiger, kontinuierlich angepasster Prozess.
Ausgangslage	Im Bereich der inneren Sicherheit existieren verschiedene Strategien und Risikoanalysen, die jedoch weitgehend nebeneinander bestehen. Eine systematische Verknüpfung und übergreifende Nutzung dieser Grundlagen findet bislang nicht ausreichend statt, wodurch wertvolle Synergien ungenutzt bleiben und eine gesamtheitliche, kohärente Sicherheitsplanung erschwert wird.

## M07 Bevölkerungsschutz einsatzbereit machen und auf potenzielle Gefahren ausrichten

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z10</b>
Massnahme	Die Führungs-, Koordinations- und Einsatzfähigkeit des Bevölkerungsschutzes im Krisenfall einschliesslich der notwendigen personellen, technischen und logistischen Ressourcen wird sichergestellt.
Zielsetzung/Nutzen	Ein einsatzbereiter und auf aktuelle Gefährdungen ausgerichteter Bevölkerungsschutz sichert die Handlungsfähigkeit des Staates in Krisen und Notlagen. Er ermöglicht eine rasche, koordinierte und wirksame Bewältigung von Ereignissen mit erheblichen Auswirkungen auf Bevölkerung, Infrastruktur und öffentliche Ordnung. Damit leistet der Bevölkerungsschutz einen zentralen Beitrag zur Resilienz, Stabilität und Sicherheit Liechtensteins.
Ausgangslage	Die Gefährdungslage Liechtensteins ist geprägt durch Naturereignisse, technische Störungen, Gesundheitskrisen und grenzüberschreitende Ereignisse, die rasch eskalieren und mehrere Bereiche gleichzeitig betreffen können. Als kleiner Staat mit begrenzten Ressourcen ist Liechtenstein darauf angewiesen, dass Führungs-, Koordinations- und Einsatzstrukturen im Bevölkerungsschutz jederzeit funktionsfähig sind und zielgerichtet auf relevante Gefahren ausgerichtet werden. Eine systematische Sicherstellung dieser Einsatzfähigkeit ist Voraussetzung für eine wirksame Bewältigung von Krisen und Notlagen.

## M08 Bevölkerungsschutz auf kriegerische Auseinandersetzung vorbereiten

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z13</b>
Massnahme	Basierend auf dem Ergebnis der Prüfung und des Entscheids über die weitere Vorgehensweise bei der Festlegung eines gesamtstaatlichen Ansatzes zum Umgang mit kriegerischen Auseinandersetzungen wird der Bevölkerungsschutz einsatzbereit gemacht und auf potenzielle Gefahren ausgerichtet (Zivilschutzbauten, Dienstpflicht, Anpassung rechtlicher Grundlagen etc.).
Zielsetzung/Nutzen	Der Bevölkerungsschutz erhält ein Leistungsprofil, das abgestimmt ist mit den in der Sicherheitspolitischen Strategie definierten Zielsetzungen.
Ausgangslage	Mit der im Rahmen der letzten Revision (2016) des Bevölkerungsschutzgesetzes beschlossenen Abkehr vom Schutzraumkonzept stellt der bewaffnete Konflikt im klassischen Bevölkerungsschutz kein aktiv zu berücksichtigendes Szenario mehr dar. Die geopolitische Lage hat sich seither aber grundlegend verändert. Bewaffnete Konflikte in der europäischen Nachbarschaft machen eine Neubewertung der sicherheitspolitischen Ausgangslage erforderlich.

## M09 Stärkung des Landesführungsstabs durch Professionalisierung der Strukturen für die Krisenbewältigung

Strategisches Ziel	Z13
Massnahme	Die Führungsorganisation bei ausserordentlichen Lagen (Landesführungsstab, kurz LFS) wird professionalisiert und gestärkt.
Zielsetzung/Nutzen	Das Funktionieren der Krisenorganisation wird verbessert. Durch klare Zuständigkeiten und die kontinuierliche Weiterentwicklung der Ressourcen, Schnittstellen und Prozesse wird die Einsatzfähigkeit der verschiedenen Stäbe optimiert. Zudem werden die Verantwortlichkeiten sowie Zuständigkeiten für Krisenvorsorge und Krisenbewältigung klar getrennt.
Ausgangslage	<p>Die Krisenbewältigungsstrukturen in Liechtenstein basieren auf einem bewährten Milizsystem. Hingegen ist die Doppelrolle von Polizeichef bzw. Polizeichefin und Stabschef bzw. Stabschefin LFS dysfunktional und wird den veränderten sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht mehr gerecht. Mit der aktuellen Führungsorganisation kann auf dynamische Bedrohungslagen nicht schnell und professionell genug reagiert werden.</p> <p><b>Zwei Varianten sind grundsätzlich denkbar:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) Trennung der Funktionen von Polizeichef bzw. Polizeichefin und Stabschef bzw. Stabschefin durch den Aufbau einer von der Landespolizei getrennten, professionellen LFS-Führungsorganisation (wie z. B. im Kanton SG) mit eigenem Personal (Stabschef bzw. Stabschefin, LFS-Sekretär bzw. LFS-Sekretärin) und eigener Infrastruktur.</li> <li>2) Aufbau einer LFS-Fachabteilung innerhalb der Landespolizei (analog dem Kanton ZH), da ihr bei der Bewältigung von ausserordentlichen Lagen (Alarmierung, Disponierung, Kommunikation, Infrastruktur, Ressourcen) eine zentrale Rolle zukommt. Beibehaltung der Doppelrolle von Polizeichef bzw. Polizeichefin und Stabschef bzw. Stabschefin.</li> </ol> <p>Die Frage der Professionalisierung der Führungs- und Krisenbewältigungsstrukturen ist zu klären und die gewählte Variante zeitnah umzusetzen.</p>

## M10 Politisch-strategischer Führungsstab (PSF)

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z11</b>
Massnahme	Ein politisch-strategischer Führungsstab (PSF) wird eingerichtet. Rückgrat dieses Stabes bildet die neu zu schaffende Stabsstelle für Sicherheitspolitik.
Zielsetzung/Nutzen	Der PSF erstellt im Rahmen des Krisenmanagements ein integrales ministeriumsübergreifendes Lagebild und erarbeitet politisch-strategische Handlungsoptionen zuhanden der Regierung. Der PSF steht dem operativ tätigen Landesführungsstab vor. Diese komplexe Aufgabenstellung kann mit der geforderten Qualität nur auf Grundlage von professionellen Strukturen (Stabsorganisation und Stabsführung, Lagewesen) geleistet werden. Diese Strukturen sollen mit der Stabsstelle für Sicherheitspolitik vorgehalten werden. Die Zusammensetzung des PSF und dessen Funktionsweise müssen im Weiteren evaluiert werden.
Ausgangslage	Der Landesführungsstab fokussiert aufgrund seiner gesetzlich geregelten Zusammensetzung primär auf Elementarschadenergebnisse. Schwerpunkt seiner Tätigkeit ist daher das Ausarbeiten von operativen Handlungsanweisungen zuhanden der ihm unterstellten Führungsorgane (FOG) und Einsatzorganisationen. Ereignisse der jüngeren Vergangenheit (Covid-19-Pandemie, Krieg in der Ukraine), aber auch die vor Kurzem gemeinsam mit der Schweiz durchgeführte Übung IU25 machten deutlich, dass eine erfolgreiche Krisenbewältigung zeitgerechte und abgestimmte strategisch-politische Entscheidungen der Regierung voraussetzt, die es sorgfältig vorzubereiten gilt. Bisher existieren dafür keine vereinbarten Strukturen und Prozesse.

## M11 Regelmässige Übungen zur strategischen und operativen Bewältigung von Krisen

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z11</b>
Massnahme	Es sollen regelmässige Übungen zur Bewältigung von strategischen und operativen Krisen durchgeführt werden. Neben Übungen im Inland soll sich Liechtenstein aktiv an internationalen Übungen und Übungen mit seinen Nachbarstaaten beteiligen.
Zielsetzung/Nutzen	Die beteiligten Stellen werden sensibilisiert und geschult. Das Management-System wird laufend verbessert, erkannte Schwachstellen werden behoben.
Ausgangslage	Liechtenstein beteiligt sich regelmässig an Übungen der Nachbarstaaten.

## M12 Lager für humanitäre Güter für Notsituationen

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z12</b>
Massnahme	Prüfung, ob und wie (Umfang, Aufbau, Logistik) in Liechtenstein ein Lager mit Gütern für Not- und Krisensituationen zur Stärkung der Krisenresilienz des Landes, aber auch für humanitäre Zwecke im Ausland aufgebaut werden soll.
Zielsetzung/Nutzen	Die Resilienz des Landes gegenüber Naturkatastrophen und akuten Krisen wird gestärkt. Die beschafften Nothilfegüter können zudem im Rahmen der Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) für humanitäre Zwecke im Ausland eingesetzt werden. Die Massnahme schafft damit einen konkreten Mehrwert sowohl für das Inland als auch für das Ausland.
Ausgangslage	<p>Im Inland fehlt derzeit ein staatliches Lager für humanitäre Güter, die dem Staat in Notfällen jederzeit zur Verfügung stehen würden. Beispiele für den Bestand sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Zelte (inkl. Heizungen)</li> <li>– Wasseraufbereitungsanlagen</li> <li>– Dieselgeneratoren</li> <li>– sanitäre Anlagen</li> <li>– medizinisches Material</li> </ul> <p>Da ein solches Lager nicht systematisch gehalten wird, kann Liechtenstein bei Katastrophen im Ausland über die IHZE bisher keine Unterstützung mit entsprechenden Güterlieferungen leisten. Die Hilfe beschränkt sich ausschliesslich auf finanzielle Beiträge. Ein Lager könnte auch dazu dienen, diesbezüglich konkretere, sicherheitsrelevante und sichtbare Beiträge zu leisten.</p>

## M13 Persönliche Notfallvorsorge stärken

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z12</b>
Massnahme	Die Bevölkerung wird beim Anlegen und Bewirtschaften eines persönlichen Notvorrats unterstützt. Zu diesem Zweck werden ein Merkblatt «Verhalten in Krisen» sowie ein Merkblatt «Notvorräte» erarbeitet und zur Verfügung gestellt. Die Massnahme trägt zur Sensibilisierung der Bevölkerung für den Umgang mit Krisensituationen bei.
Zielsetzung/Nutzen	Jeder Haushalt soll fähig sein, sich mindestens eine Woche selbst versorgen zu können (Wasser, Lebensmittel, Hygieneartikel, Medikamente).
Ausgangslage	Bei länger andauernden Krisen bedingt eine organisierte nationale und internationale Hilfe eine gewisse Anlaufzeit, die durch eine persönliche Vorsorge gedeckt werden muss.

**M14     Sicherstellung medizinischer Infrastruktur und der  
zum Betrieb erforderlichen personellen und materiellen  
Kapazitäten im Krisenfall**

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z12</b>
Massnahme	Medizinische Kapazitäten im Inland werden für Krisen vorgehalten. Kapazitäten im Ausland werden vertraglich gesichert.
Zielsetzung/Nutzen	Durch die Sicherstellung medizinischer Infrastruktur und der erforderlichen personellen und materiellen Kapazitäten im Inland resp. die vertragliche Sicherung von Kapazitäten im Ausland wird die medizinische Versorgung des Landes im Krisenfall gestärkt.
Ausgangslage	Bei Ereignissen mit Verletzten stehen zu geringe Kapazitäten im Inland bereit. Je nach Ereignis werden in der Region keine Spitalbetten zur Verfügung stehen, da diese bereits mit Einwohnerinnen und Einwohnern der jeweiligen Umgebung belegt sind.

## M15 Stellenwert der wirtschaftlichen Landesversorgung stärken

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z2</b>
Massnahme	Der wirtschaftlichen Landesversorgung ist innerhalb der Landesverwaltung ein höherer Stellenwert einzuräumen. Ergänzend werden jene EU-Krisenregelungen, die auf akute Versorgungsengpässe ausgerichtet sind, analysiert und, wo sinnvoll und möglich, übernommen bzw. eine Teilnahme an den jeweiligen Programmen angestrebt.
Zielsetzung/Nutzen	Der wirtschaftlichen Landesversorgung ist innerhalb der Landesverwaltung ein höherer Stellenwert einzuräumen, damit die spezifischen Interessen Liechtensteins mit Nachdruck in die wirtschaftliche Landesversorgung der Schweiz eingebracht und die im Falle einer Versorgungsstörung vom Bund erlassenen Bewirtschaftungsmassnahmen im Land systemkonform vollzogen werden können. Ausserdem soll die Kooperation mit der EU im Bereich der Krisenregelungen, die auf Versorgungsengpässe ausgerichtet sind, auf Basis einer adäquaten Aufgabenteilung ausgebaut werden.
Ausgangslage	Globale Lieferkettenstörungen – ausgelöst durch Pandemien, Konflikte oder wirtschaftlichen Druck – haben die Verwundbarkeit importabhängiger Volkswirtschaften bei kritischen Gütern wie Energie, Lebensmitteln oder Medizinprodukten deutlich offengelegt. Auch Liechtenstein ist davon betroffen, wobei teilweise fehlende Ressourcen sowohl die Vorbereitung als auch die Handlungsfähigkeit im Krisenfall zusätzlich einschränken.

## M16 Evaluation und Übernahme von Massnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z2</b>
Massnahme	Die Rechtsakte und Massnahmen der EU im Bereich wirtschaftliche Sicherheit werden systematisch verfolgt, analysiert und auf ihre Relevanz für sowie Übertragbarkeit auf Liechtenstein geprüft. Geeignete Instrumente werden adaptiert und umgesetzt. Als prioritäres Element wird dabei die Schaffung einer rechtlichen und institutionellen Grundlage für einen Prüfmechanismus für ausländische Investitionen aus Staaten ausserhalb des EWR und der Schweiz, welcher sicherheitsgefährdende Investitionen identifiziert und einer gezielten Evaluation unterzieht, geprüft.
Zielsetzung/Nutzen	Liechtenstein verfügt über einen zeitgemässen, an das europäische Umfeld angepassten Rahmen zur wirtschaftlichen Sicherheit. Relevante Entwicklungen im EU-Recht werden frühzeitig aufgenommen und, wo sinnvoll, übernommen, sodass Liechtenstein mit seinen wichtigsten Partnern kompatibel bleibt. Sicherheitsgefährdende ausländische Investitionen können frühzeitig erkannt und reguliert werden, ohne den Wirtschaftsstandort unnötig zu belasten.
Ausgangslage	Die EU baut ihren rechtlichen Rahmen im Bereich wirtschaftliche Sicherheit kontinuierlich aus – von Investitionsprüfmechanismen über Exportkontrollen bis hin zu Massnahmen gegen wirtschaftlichen Zwang. Angesichts der engen Verflechtung mit dem EWR besteht Handlungsbedarf, mit diesen Entwicklungen Schritt zu halten.

## M17 Stärkung der digitalen Souveränität

Strategisches Ziel	Z2
Massnahme	Unverzichtbare digitale Systeme und Infrastrukturen werden identifiziert, kritische Abhängigkeiten – insbesondere problematische Einzelabhängigkeiten von Anbietern, Technologien oder Staaten – systematisch erfasst und bewertet. Wo nötig, werden Massnahmen zur Auflösung solcher Abhängigkeiten eingeleitet. Für unverzichtbare Systeme werden Business Continuity Management (BCM)-Konzepte erstellt und deren Umsetzung wird sichergestellt. Die Massnahmen werden im Einklang mit den entsprechenden Initiativen zur digitalen Souveränität auf EU- und EWR-Ebene entwickelt.
Zielsetzung/Nutzen	Liechtenstein kennt seine digitalen Verwundbarkeiten und handelt gezielt, um diese zu reduzieren. Kritische Systeme bleiben auch im Störungs- oder Angriffsfall funktionsfähig. Die digitale Souveränität wird gestärkt, indem einseitige Abhängigkeiten abgebaut werden und die Handlungs- sowie Widerstandsfähigkeit des Landes in einer zunehmend digitalisierten Sicherheitsumgebung nachhaltig gesichert wird.
Ausgangslage	Die fortschreitende Digitalisierung erhöht die Abhängigkeit von digitalen Systemen, Infrastrukturen und externen Anbietern. Eine systematische Erfassung unverzichtbarer Systeme sowie kritischer Abhängigkeiten besteht bislang nicht flächendeckend. Auch BCM-Konzepte sind noch nicht durchgängig etabliert.

## M18 Systematische Analyse und Monitoring der wirtschaftlichen Abhängigkeiten

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z2</b>
Massnahme	Systematische Analyse der wirtschaftlichen Abhängigkeiten erstellen, monitoren und darauf basierend Massnahmen definieren und umsetzen
Zielsetzung/Nutzen	Damit sich gezielte Massnahmen zur Reduktion und Abfederung der strategischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten definiert lassen, braucht es eine systematische Analyse der wirtschaftlichen Resilienz. Deren Indikatoren müssen überwacht werden können und sich auf Basis von Zielgrössen kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen definieren lassen.
Ausgangslage	Wirtschaftliche Abhängigkeiten von einzelnen Staaten oder Unternehmen bei kritischen Gütern, Technologien oder Infrastrukturen bergen in einem zunehmend angespannten geopolitischen Umfeld vielfältige Risiken. Sie können im Spannungsfall gezielt als Druckmittel eingesetzt werden, aber auch zu Versorgungsengpässen führen – etwa, wenn Konflikte, Naturkatastrophen oder politische Instabilität Lieferketten unterbrechen.

## M19 Reduktion von Abhängigkeiten in der Energieversorgung

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z2</b>
Massnahme	Förderung erneuerbarer Energieproduktion und deren Diversifikation, Schaffung der nötigen gesetzlichen und vertraglichen Grundlagen, Investitionen in Produktionsanlagen (Solar, Wind) und Netze (Fernwärme, Strom)
Zielsetzung/Nutzen	Die Abhängigkeit von Energieimporten wird reduziert und somit die Resilienz gestärkt.
Ausgangslage	Mehr als 80 Prozent der in Liechtenstein verbrauchten Energie werden importiert, was sich in Energiemangellagen verstärkt auswirkt.

## M20 Abkommen mit der Schweiz zur Zusammenarbeit im Energiebereich

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z2</b>
Massnahme	Zur Sicherung der Stromversorgung und der Netzstabilität wird Liechtenstein mit der Schweiz ein Abkommen zur Zusammenarbeit im Energiebereich abschliessen. Damit soll insbesondere die Integration des Landes in die Regelzone Schweiz vertraglich abgesichert werden.
Zielsetzung/Nutzen	Stromversorgungssicherheit und Netzstabilität erhöhen
Ausgangslage	Bislang existieren lediglich privatrechtliche Verträge zwischen den Liechtensteinischen Kraftwerken (LKW) und Stromproduzenten in der Schweiz, was hinsichtlich Stromversorgungssicherheit und Netzstabilität Risiken birgt.

## M21 Härtung des Mobilfunknetzes

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z3</b>
Massnahme	Das Mobilfunknetz soll im Hinblick auf Stromausfälle gehärtet werden. Bei der dafür notwendigen Revision der Kommunikationsverordnung orientiert sich das Land an den in der Schweiz geplanten Vorgaben (Notstromversorgung für vier Stunden).
Zielsetzung/Nutzen	Das Mobilfunknetz kann mindestens vier Stunden ohne externe Stromversorgung aufrechterhalten werden.
Ausgangslage	Die Verfügbarkeit von mobilen Datendiensten ist in einer Krisensituation entscheidend, damit sich die Bevölkerung über Massnahmen der Behörden informieren und Panik vermeiden werden kann.

## M22    **Verlässliche und verfügbare Kommunikations- und Informationssysteme für staatliche Behörden und sicherheitsrelevante Institutionen**

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z3</b>
Massnahme	Es wird sichergestellt, dass die wichtigsten Kommunikationssysteme der staatlichen Behörden und der sicherheitsrelevanten Institutionen auch im Krisenfall funktionsfähig bleiben.
Zielsetzung/Nutzen	Entscheidungsrelevante Daten und Systeme sind einsatzbereit und auch im Krisenfall funktionsfähig (selbst wenn die Stromversorgung nicht gewährleistet ist oder Gebäude nicht zur Verfügung stehen). Eine Redundanz der zentralen Systeme ist gewährleistet.
Ausgangslage	Gerade in ausserordentlichen Lagen sind die Verwaltung und die im Krisenmanagement tätigen Institutionen auf die Verfügbarkeit der Kommunikationssysteme und den permanenten Datenzugriff (Verfügbarkeit der zentralen Stammdaten aller Personen und Unternehmen, digitale Aktenverwaltung etc.) angewiesen. Das bereits initiierte Projekt SiLiNet (Sicherheitsverbund Liechtensteiner Netzwerke) zielt darauf ab, ein ausfallsicheres Datenverbundnetz zu implementieren.

## M23 Erhöhung der Standards beim Schutz kritischer Infrastrukturen

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z3</b>
Massnahme	Im Zuge der Übernahme der EU-Richtlinie zur Resilienz kritischer Einrichtungen (Richtlinie (EU) 2022/2557) soll der Standard beim Schutz kritischer Infrastrukturen substantiell erhöht werden. Darunter fällt auch der Erlass von entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen, auf deren Grundlage die Betreiber kritischer Infrastrukturen zur Umsetzung von Präventionsmassnahmen verpflichtet werden können. Zudem sollen diese Betreiber für das Thema Sicherheit sensibilisiert, die Lieferketten-Abhängigkeiten identifiziert und damit die Verletzlichkeiten reduziert werden.
Zielsetzung/Nutzen	Auf Basis einer nationalen Strategie entwickelt das Land verbindliche Standards und Vorgaben zum Schutz kritischer Infrastrukturen und überwacht deren Einhaltung. Der Schutz der kritischen Infrastrukturen ist substantiell erhöht, und Verletzlichkeiten sind massgeblich reduziert.
Ausgangslage	Bislang fehlen die gesetzlichen Grundlagen, um von staatlicher Seite beim Schutz der kritischen Infrastrukturen operativ tätig zu werden. Der Schutz der kritischen Infrastrukturen erfolgt bislang gemäss dem Ermessen des Betreibers.

## M24 Erstellung eines Lagebilds über aktuelle Cyberbedrohungen

Strategisches Ziel	Z8
Massnahme	Um die Widerstandsfähigkeit der liechtensteinischen Wirtschaft, der Finanzintermediäre sowie der kritischen Infrastrukturen und der öffentlichen Verwaltung gegenüber Cyberbedrohungen und Cyberangriffen zu stärken, soll ein laufend aktualisiertes Lagebild zu aktuellen Cyberbedrohungen und Phänomenen im Cyberraum etabliert werden. Die Massnahme umfasst den Aufbau eines Threat-Intelligence-Prozesses, der Informationen aus vertrauenswürdigen nationalen und internationalen Quellen bündelt, analysiert und Unternehmen, Finanzintermediären und anderen Einrichtungen in verständlicher Form bereitstellt.
Zielsetzung/Nutzen	Die Bedrohungslage im Cyberraum ist hochdynamisch, vernetzt, geopolitisch geprägt und trifft besonders staatliche Dienste sowie kritische Infrastrukturen. Die Massnahme schafft durch eine umfassende Risikoanalyse, Evidenzen, Monitoring und Meldewege ein Lageverständnis für den Cyberraum als Basis für alle weiteren Massnahmen. Ein aktuelles Lagebild ist Grundlage für Frühwarnung, Risiko-Priorisierung, Krisenreaktion und Berichterstattung.
Ausgangslage	<p>Insbesondere die Wirtschaft, der Finanzplatz und die kritischen Infrastrukturen sind einer Vielzahl von Cyberbedrohungen ausgesetzt, die sich laufend verändern.</p> <p>Aktuell wird von keiner Stelle ein Lagebild erstellt, das Unternehmen und Finanzintermediären oder auch anderen Einrichtungen einen umfassenden Überblick über relevante Cyberaktivitäten, Cyberbedrohungen, Angriffsmuster oder Schwachstellen bietet. Doch nur mit einem Lagebild können konkrete Bedrohungen aus dem Cyberraum zeitnah erkannt und der Fokus sowie die Ressourcen der Unternehmen entsprechend auf die aktuellen Risiken ausgerichtet werden.</p>

## M25 Ausbau des zentralen Schwachstellenmonitorings und der Informationsbereitstellung im Bereich Cybersicherheit

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z8</b>
Massnahme	Es werden ein zentrales nationales Schwachstellenmonitoring und eine strukturierte Informationsbereitstellung für den Bereich Cybersicherheit etabliert. Es bündelt Informationen aus verschiedensten Quellen, priorisiert diese und verteilt sie an alle relevanten Anspruchsgruppen, insbesondere jene der kritischen Infrastrukturen.
Zielsetzung/Nutzen	<p>Ziel ist es, die Erkennungs- und Reaktionsfähigkeit zu verbessern und die Widerstandsfähigkeit gegenüber Cyberbedrohungen und Cyberangriffen zu stärken.</p> <p>Die Ergebnisse des zentralen Monitorings werden den verschiedensten Anspruchsgruppen zur Verfügung gestellt. Diese Form der Frühwarnung ermöglicht es insbesondere ressourcenschwächeren Organisationen und Einrichtungen, Angriffen vorzubeugen und Betriebsunterbrechungen zu vermeiden.</p> <p>Exploit-basierte Angriffe gehören zu den relevantesten und am schnellsten eskalierenden Bedrohungen für Europa. Ein zentralisiertes Monitoring verhindert Fragmentierung, reduziert Blindstellen und erhöht die Reaktionsgeschwindigkeit.</p>
Ausgangslage	<p>Die Ausnutzung von Schwachstellen stellt eine ernsthafte Bedrohung dar und dient bei zahlreichen erfolgreichen Angriffen als Eintrittstor. Besonders kritisch ist die Geschwindigkeit, mit der Schwachstellen ausgenutzt werden. Schwachstellen werden häufig innerhalb weniger Tage nach ihrer Veröffentlichung aktiv ausgenutzt, teils noch bevor Hersteller umfassende Aktualisierungen der Software bereitstellen können.</p> <p>Die Prüfung der Netz- und Informationssysteme auf Schwachstellen ist entscheidend, um mögliche Angriffsvektoren frühzeitig zu erkennen und Sicherheitsvorfälle zu verhindern. Viele Organisationen und kritische Infrastrukturen verfügen jedoch nicht über die notwendigen Ressourcen, Fachkenntnisse oder technischen Lösungen für ein effektives Monitoring. Dies führt zu erhöhten Risiken, verspäteten Reaktionen auf Vorfälle und potenziellen Betriebsunterbrechungen.</p>

## M26 Stärkung der Cyberfähigkeiten zur Abwehr von Angriffen auf die kritischen Infrastrukturen

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z8</b>
Massnahme	<p>Es wird eine strukturierte Cyberdefence etabliert. Unter Cyberdefence wird die Gesamtheit der Governance-, Prozess-, Technologie- und Kompetenzmassnahmen zur präventiven Absicherung, frühzeitigen Erkennung, wirksamen Reaktion und geordneten Wiederherstellung nach Cyberangriffen verstanden.</p> <p>Die Cyberdefence umfasst die Einführung einheitlicher Sicherheitsstandards, den Aufbau von Frühwarn- und Detektionssystemen, die Implementierung klar definierter Incident-Response-Prozesse sowie die Durchführung regelmässiger Sicherheitsüberprüfungen und Notfallübungen. Die innerhalb der kritischen Infrastrukturen und der öffentlichen Verwaltung bereits bestehenden (Melde-)Prozesse über sicherheitsrelevante Ereignisse und Sicherheitsvorfälle, die Zuständigkeiten, Abgrenzungen sowie Verantwortlichkeiten werden evaluiert. Wo vorhanden, werden organisatorisches Verbesserungspotenzial und Synergien genutzt.</p>
Zielsetzung/Nutzen	<p>Die Stärkung der Cyberfähigkeiten zielt unter anderem darauf ab, die Fähigkeiten im Bereich Cyber-Threat-Intelligence (CTI), Unterhalt von sicheren Kommunikationskanälen und Infrastruktur zum Teilen von Informationen, Cyber-Forensik usw. in der öffentlichen Verwaltung zu stärken und auszubauen.</p> <p>Die Massnahme stärkt jene operativen Verteidigungsfähigkeiten, die für die unmittelbare Abwehr von Cyberangriffen erforderlich sind. Dies sind unter anderem die Ereignisbewältigung, das Monitoring sowie die Reaktion auf Schwachstellen, die Protokollierung und die Forensik (inkl. evidenzbasierter Nachweise).</p>
Ausgangslage	<p>Kritische Infrastrukturen, z. B. im Energiesektor, im Gesundheitswesen oder in der digitalen Kommunikation, sind für Cyberangriffe besonders gefährdet, da Ausfälle in diesen Bereichen gravierende Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit und das öffentliche Leben haben können.</p> <p>Die Professionalisierung von Angreifern, der Einsatz von Ransomware und gezielte Angriffe auf industrielle Steuerungssysteme erhöhen das Risiko erheblich.</p>

**M27 Engagement für regelbasierte und berechenbare Handelsbeziehungen sowie einen diskriminierungsfreien Zugang zu Märkten und Technologien, um die globale Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Sicherheit zu stärken**

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z4</b>
Massnahme	Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit durch aktives Engagement für eine moderne, regelbasierte und durchsetzbare Handelsordnung sowie durch eine weitere Diversifizierung des Netzes von Wirtschaftsbeziehungen. Dieses Netz umfasst den Zollvertrag, den freien und vollständigen Zugang zum europäischen Binnenmarkt, die WTO und deren gezielte Weiterentwicklung, den Abschluss und die effektive Nutzung von Freihandelsabkommen, Doppelbesteuerungsabkommen sowie weitere handelsrelevante Partnerschaften (wie z. B. Future of Investment and Trade Initiative, FITP) und Vereinbarungen. Soweit sinnvoll, wird die Zusammenarbeit mit der EU als wichtigstem Handelspartner sowie mit weiteren strategischen Partnern weiterentwickelt und ausgebaut.
Zielsetzung/Nutzen	<p>Durch eine bessere Vernetzung mit gleichgesinnten Staaten und einen verbesserten Zugang zu relevanter Expertise können wirtschaftspolitische Entscheidungen stärker an realen Herausforderungen ausgerichtet werden. Die globale Wettbewerbsfähigkeit Liechtensteins wird durch bestmögliche Marktzugänge gestärkt, während das regelbasierte Handelssystem gefestigt wird – wovon besonders kleinere und exportorientierte Länder wie Liechtenstein profitieren. Ein funktionierendes und schnelleres System zur Beilegung von Handelsstreitigkeiten trägt zudem zur Stabilisierung des WTO-Streitbeilegungssystems bei.</p> <p>Abhängigkeiten von einzelnen Märkten werden durch Diversifikation und ein gemeinsames strategisches Vorgehen mit anderen Staaten – etwa im Rahmen plurilateraler WTO-Initiativen – reduziert. Aspekte der wirtschaftlichen Sicherheit werden systematisch in die Aussenhandelspolitik einbezogen. Durch die Identifikation und Mitigierung von Risiken wird die Resilienz – insbesondere betreffend Lieferketten – erhöht.</p> <p>Damit wird ein Umfeld geschaffen, in dem Unternehmen und Investoren auch in geopolitisch instabilen Zeiten mit mehr Berechenbarkeit planen und handeln können.</p>
Ausgangslage	<p>Die wirtschaftliche Sicherheit Liechtensteins ist zunehmend Risiken ausgesetzt durch</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– geopolitische Spannungen und unilaterale Massnahmen, die zu Handelsstörungen, Sanktionen, Exportrestriktionen oder Beschaffungsrisiken führen können.</li> <li>– übermässige Abhängigkeiten von einzelnen Märkten, Lieferketten und kritischen Rohstoffen oder Technologien.</li> <li>– Fragmentierung des Welthandelssystems, welche die Vorhersehbarkeit für Unternehmen reduziert.</li> <li>– Untergrabung der freien Wirtschaft und des Handels durch nicht-marktwirtschaftsbasierte Akteure.</li> <li>– Schwächen im WTO-Handelsrahmen, insbesondere dysfunktionale Streitbeilegungsmechanismen, mangelnde Rechtssicherheit im digitalen Handel sowie mangelnde Fortentwicklung und Anpassung an wirtschaftliche Realitäten.</li> </ul> <p>Diese Faktoren untergraben die Fähigkeit liechtensteinischer Unternehmen, verlässliche Handelsströme sicherzustellen und Investitionen langfristig zu planen.</p>

## M28 Prüfung von sicherheitspolitischen Kooperationen und Partnerschaften

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z4</b>
Massnahme	<p>Der Ausbau sicherheitsrelevanter Kooperationen und die Möglichkeit des Abschlusses von Sicherheitspartnerschaften, insbesondere mit der EU und der NATO, werden geprüft. Durch gezielte Kooperationen und Partnerschaften, die Teilnahme an relevanten Programmen, durch neue Dialogformate sowie die Nutzung von europäischen Mechanismen im Bereich der inneren Sicherheit und der Migration wird der Zugang zu Informationen, Netzwerken und sicherheitspolitischer Antizipation und Unterstützung verbessert und damit die Sicherheit gesamthaft gestärkt. Dazu gehört auch die Prüfung und Weiterentwicklung von Kooperationen im Bereich des Bevölkerungsschutzes und der internationalen Katastrophenhilfe, insbesondere durch eine mögliche Einbindung Liechtensteins in internationale Mechanismen wie den EU Civil Protection Mechanism (UCPM). Bei der Prüfung dieser Massnahmen sind mögliche Chancen für die liechtensteinische Wirtschaft zu identifizieren.</p>
Zielsetzung/Nutzen	<p>Der Zugang zu sicherheitsrelevanten Informationen und Netzwerken wird verbessert, wodurch sicherheitspolitische Entwicklungen frühzeitig antizipiert werden können. Die bilaterale sicherheitspolitische Kooperation mit der EU, der NATO sowie mit strategisch relevanten Staaten wird ausgebaut und der Zugang zu Hilfsleistungsangeboten der EU – namentlich im Rahmen des UCPM – sichergestellt. Bestehende EU-Formate wie Schengen und Dublin werden effizienter für sicherheitsrelevante Interessen genutzt.</p> <p>Liechtenstein positioniert sich als verlässlicher Partner, der einen aktiven Beitrag zur europäischen und globalen Sicherheit leistet und seine Interessen gezielt in die relevanten internationalen Prozesse einbringt. Damit wird die internationale Einbindung Liechtensteins insgesamt gestärkt.</p>
Ausgangslage	<p>Liechtenstein ist nicht Teil eines Bündnisses und kann im Extremfall nicht auf den militärischen Schutz und die Unterstützung durch andere Länder zählen. Gleichzeitig ist Liechtenstein kein dauerhaft neutraler Staat.</p> <p>Sicherheitspartnerschaften und -kooperationen erfordern eine umfassende Vorbereitung, die Kooperationsfähigkeit und klar definierte Interessen.</p> <p>Auch im Bereich des Bevölkerungsschutzes und der Bewältigung von Katastrophen ist Liechtenstein auf internationale Unterstützung angewiesen.</p>

## M29 Beitrag zu globaler Sicherheit, Stabilität und Frieden durch internationale Solidarität sowie ein aktives Engagement für das Völkerrecht und die Rechtsstaatlichkeit leisten

Strategisches Ziel	Z4
Massnahme	<p>Die internationale Solidarität Liechtensteins leistet einen konkreten Beitrag zur Förderung der globalen Sicherheit, zu erhöhter regionaler Stabilität und Frieden. Liechtenstein wird als solidarischer Partner wahrgenommen. Der Sicherheitsfokus der internationalen Solidarität wird weiter geschärft.</p> <p>Liechtenstein stellt der internationalen Gemeinschaft eine spezialisierte Einsatzeinheit bei der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen zur Verfügung (z. B. Urban Search and Rescue [USAR] oder Schnelleinsatzgruppe Massenanfall von Verletzten).</p> <p>Gleichzeitig wird ein Konzept betreffend den Einsatz von internationaler Hilfe in Krisen- und Notlagen (Host Nation Support, kurz HNS) in Liechtenstein erstellt und umgesetzt. Ausserdem setzt sich Liechtenstein weiterhin aktiv für die Einhaltung und Weiterentwicklung des (humanitären) Völkerrechts sowie der Menschenrechte ein und nimmt eine eigenständige, gestaltende Rolle ein, insbesondere bei der Bekämpfung der illegalen Gewaltanwendung und der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit.</p> <p>Ein zusätzliches Engagement im Bereich der nicht-militärischen Sicherheit wird geprüft.</p>
Zielsetzung/Nutzen	<p>Liechtenstein leistet einen aktiven Beitrag zur kollektiven Sicherheit und entwickelt dabei eigene Initiativen, die zur Stärkung des Völkerrechts beitragen. Die Sichtbarkeit des liechtensteinischen Beitrags wird erhöht und das liechtensteinische Engagement kommunikativ stärker in den Sicherheitskontext gestellt. Dadurch wird Liechtenstein im Bereich der nicht-militärischen Sicherheit als anerkannter und glaubwürdiger Partner wahrgenommen. Zudem berücksichtigt die IHZE den Aspekt der globalen Sicherheit noch stärker.</p>
Ausgangslage	<p>Die internationale Solidarität Liechtensteins im Rahmen der IHZE stellt heute den grössten konkreten Beitrag Liechtensteins zur Förderung der globalen Sicherheit dar. Sie fördert insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Armutsbekämpfung</li> <li>– Ernährungssicherheit und Bildung</li> <li>– gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit</li> <li>– Migrationsmanagement</li> <li>– Klima und Umwelt</li> </ul> <p>Damit wird zu Sicherheit, Stabilität und Frieden beigetragen.</p> <p>Vor dem Hintergrund der Budgetkürzungen vieler Staaten sowie der weltweit immer knapper werdenden Mittel im Bereich der Nothilfe und der Entwicklungszusammenarbeit gewinnt der Beitrag Liechtensteins weiter an Relevanz.</p> <p>Für Staaten wie Liechtenstein sind der Schutz durch Völkerrecht und Rechtsstaatlichkeit von zentraler Bedeutung.</p>

## M30 Information der Bevölkerung zur Sicherheitspolitik

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z1</b>
Massnahme	Das Bewusstsein der Bevölkerung zur veränderten Sicherheitslage, zu möglichen Krisenlagen und zur Notwendigkeit einer aktiveren Sicherheitspolitik wird geschärft. Der Hauptfokus liegt auf der Sensibilisierung für sicherheitspolitische Themen. Es wird ein offener Austausch mit der Bevölkerung zum Thema Sicherheitspolitik durchgeführt.
Zielsetzung/Nutzen	Die Bevölkerung kann die laufende geopolitischen Entwicklung und deren Bedeutung für Liechtenstein besser einschätzen und sich entsprechend darauf einstellen resp. vorbereiten.
Ausgangslage	Sicherheitspolitische Entwicklungen betreffen die ganze Bevölkerung. Liechtenstein ist davon genauso betroffen wie andere Staaten. Die geografische Lage Liechtensteins ist bei der Einordnung massgebend.

**M31 Stärkung von Austausch und Wissenstransfer zwischen Regierung, Landtag, Gemeinden, Wirtschaft, Wissenschaft und Justiz**

Strategisches Ziel	Z1
Massnahme	Regierung, Landtag, Gemeinden, Wirtschaft, Wissenschaft und Justiz werden in thematische Austauschformate einbezogen, um das Verständnis für sicherheitspolitische Zusammenhänge zu stärken, einen Wissensaustausch in alle Richtungen zu ermöglichen und den Dialog zu fördern.
Zielsetzung/Nutzen	Sicherheitsrelevantes Wissen, das in den verschiedenen Sektoren vorhanden, aber bislang unverbunden ist, wird gezielt nutzbar gemacht. Ein gemeinsames Lagebild entsteht, Wissenslücken werden geschlossen und sicherheitspolitische Prozesse und Massnahmen werden breiter abgestützt – getragen von der Expertise und Perspektive aller relevanten Akteure.
Ausgangslage	Es bestehen bereits etablierte Austauschformate. Der Austausch erfolgt jedoch bislang ohne spezifischen Fokus auf sicherheitsrelevante Themen, wodurch vorhandenes Fachwissen und vorhandene Lageeinschätzungen für die Sicherheitspolitik nur unzureichend genutzt werden.

## M32 Stärkung der Resilienz und der Prävention gegenüber Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation durch Sensibilisierung, Bildung und Medienkompetenz

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z7</b>
Massnahme	Ziel ist die Erstellung eines Konzepts, das unter anderem aufzeigt, wie die Öffentlichkeit – insbesondere über Schulen und weitere Bildungsangebote – zum Thema Desinformation sensibilisiert und die Medienkompetenz gefördert werden kann. Zielgruppen der entsprechenden Aktivitäten sind Mitarbeitende der Landesverwaltung und der Gemeinden, die Öffentlichkeit, insbesondere Schülerinnen und Schüler, politische Akteure und Medien-schaffende. Zudem soll die Zusammenarbeit mit bestehenden Formaten und Bildungseinrichtungen, wie der Schweizer Plattform Jugend und Medien, zur Förderung von Medienkompetenz geprüft werden.
Zielsetzung/Nutzen	Die Bevölkerung ist befähigt, Informationen und Quellen kritisch zu hinterfragen und Desinformation zu erkennen. Ihre Resilienz gegenüber Beeinflussungsaktivitäten ist gestärkt, wodurch die Gesellschaft als Ganzes widerstandsfähiger gegenüber gezielter Manipulation wird.
Ausgangslage	Das Risiko von Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation gegen Liechtenstein steigt. Es gibt keine reaktiven Strukturen, die das Ziel haben, Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation zu erkennen und gezielt dagegen vorzugehen. Es gibt auch keine präventiven Strukturen, um ganzheitliche Massnahmen zu setzen und Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation bekämpfen zu können.

## M33 Vielfalt von Qualitätsmedien fördern, Qualitätskriterien definieren

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z7</b>
Massnahme	Förderung von Qualitätsmedien (Medienförderung). Dazu gehört die Förderung des journalistischen Nachwuchses in der Region (z. B. durch Neuausrichtung der Medienakademie), sowie die Definition von Qualitätskriterien. In der heutigen Medienförderung spielt Qualität so gut wie keine Rolle. Mit definierten Qualitätskriterien könnte die finanzielle Unterstützung gezielt an Qualitätsmedien und somit an Qualitätsjournalismus fließen.
Zielsetzung/Nutzen	Medienvielfalt stärkt demokratische Strukturen. Qualitätsmedien mit hohen journalistischen Standards können Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation eindämmen. Wenn das Publikum kritisch und interessiert ist und Quellen überprüft, erschwert dies Desinformation.
Ausgangslage	<p>Demokratien können ohne freie Medien nicht funktionieren. Medien sind notwendig, damit sich Bürgerinnen und Bürger unabhängig eine Meinung zu Sachfragen bilden können. Zudem üben sie eine wichtige Kontrollfunktion aus und dienen als Raum für Debatten und politischen Diskurs.</p> <p>Durch das Aus des «Liechtensteiner Volksblatts» und von Radio Liechtenstein kam es zu einer Verarmung der Medienlandschaft. Die Meinungsvielfalt ist aber neben der Unabhängigkeit der Medien von staatlicher Einflussnahme von grundlegender Bedeutung für die demokratische Meinungsbildung.</p>

## M34 Festlegung eines gesamtstaatlichen Ansatzes zum Umgang mit kriegerischen Auseinandersetzungen

<b>Strategisches Ziel</b>	<b>Z13</b>
Massnahme	<p>Die Sicherheitsstrategie und die darin definierten Massnahmen sind eine zentrale Grundlage für das neue sicherheitspolitische Vorgehen. Es wird sich aktiv auf gewisse Formen der hybriden Konfliktaustragung (Versorgungsstörungen, Desinformationskampagnen, Verunsicherung der Bevölkerung) vorbereiten.</p> <p>Darüber hinaus soll analysiert und geprüft werden, ob und mit welchen Konsequenzen (Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der staatlichen Institutionen in Krisen, Aufbau einer Schutzrauminfrastruktur, Installation eines Zivilschutzes auf Grundlage einer Dienstpflicht, Leistungsvereinbarung mit einer Schutzmacht, Assoziierung oder Beitritt zu einem Verteidigungsbündnis etc.) sich Liechtenstein auf weitere Formen der hybriden Konfliktaustragung (z. B. Sabotage kritischer Infrastrukturen, Spionage etc.), militärische Angriffe aus der Distanz (Raketen, Drohnen) oder einen umfassenden militärischen Angriff vorbereiten soll. Die Durchführung dieser Prüfung und die darauf aufbauenden Entscheidungen sind von zentraler Bedeutung für weitere Handlungen und Massnahmen.</p>
Zielsetzung/Nutzen	<p>Diese Festlegung schafft einen übergeordneten und politisch abgestützten Orientierungsrahmen zur weiteren Vorgehensweise bei der Bearbeitung des Strategieziels Z13 «Resilienz gegenüber kriegerischen Auseinandersetzungen stärken». Es wird ein klarer strategischer Kurs festgelegt, der Planungssicherheit schafft.</p>
Ausgangslage	<p>Aufgrund der nicht vorhandenen Expertise im Umgang mit kriegerischen Auseinandersetzungen und seiner eingeschränkten Möglichkeiten fällt Liechtenstein der Umgang mit kriegerischen Auseinandersetzungen schwer. Aufgrund der geopolitischen Situation und Vielzahligen Bedrohungen muss sich Liechtenstein nun aber auch auf diesen Umgang vorbereiten.</p>

**Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Sport**

Regierungsgebäude

Peter-Kaiser-Platz 1

Postfach 684

9490 Vaduz

T +423 236 62 41

[inneres@regierung.li](mailto:inneres@regierung.li)

[www.regierung.li](http://www.regierung.li)